

PAPERS

HELMUT MATTHES

**KRISEN UND NOTWENDIGE
NEUORIENTIERUNGEN
DER EUROPÄISCHEN UNION**

JANUAR 2012

Krisen und notwendige Neuorientierungen der Europäischen Union

Die europäische Integration gehört zu den Versuchen der kapitalistischen Gesellschaft, sich den Herausforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner gesellschaftlichen Konsequenzen zu stellen und die eigenen Strukturen neuen Bedingungen anzupassen. Sie ist Teil der Globalisierung. Bisher hat sich der Versuch auf eine innere Transformation des Kapitalismus auf neoliberalem Weg gestützt. Dabei bleiben die Gene der kapitalistischen Gesellschaft solange erhalten, wie eine Veränderung der gesellschaftlichen Grundordnung praktisch nicht auf der Tagesordnung steht. Der neoliberale Weg hat global zu ambivalenten Resultaten geführt. Bedeutenden Innovationen, wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen und schnell wachsendem Reichtum materieller Güter stehen zunehmende soziale Lasten der Arm-Reich-Differenzierung, ungelöste Problemen der Energie-, Rohstoff-, Ernährungs- und Umweltentwicklung, katastrophale Zustände in den Ländern des Südens, fehlende Demokratie und Staatszerfall gegenüber. Die Eurokrise entwickelt sich auf dem Boden der internationalen Finanzkrise und ist zugleich Ausdruck genereller krisenhafter Entwicklungen der europäischen Integration. Die Europäische Union ist auf diesem Weg in eine Sackgasse geraten und steht mit der Eurokrise vor wichtigen Entscheidungen.¹

Zu den politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration

Die Integration hängt von der Herausbildung gemeinsamer und koordinierter Interessen der beteiligten gesellschaftlichen Kräfte ab. Die europäische Integration wird von den beteiligten Staaten getragen. Ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen werden vorrangig durch das die Wirtschaft beherrschende Kapital bestimmt. Dieser Einfluss wirkt auch direkt auf die institutionellen Träger des europäischen Integrationsprozesses. Die neoliberale Wirtschaftsentwicklung hat durch Deregulierung sowohl national-staatliche als auch europäische Schranken und Regulierungen für die Wahrnehmung der Profitinteressen im europäischen Konkurrenzprozess weitgehend aufgehoben, soweit es diese überhaupt gegeben hat. Trotzdem unterstützen die Staaten die vorrangige Wahrnehmung der Interessen der großen Konzerne durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auf dieser Grundlage entfalteteten sich auch Interessengegens-

¹ Im nachfolgenden Teil dieser Ausarbeitung werden auch Gedanken und Passagen eines bereits veröffentlichten Beitrags des Autors verwandt. (Vgl. Matthes, H.: Eurokrise. Resultat versäumter Chancen zur europäischen Integration vor, mit und nach den politischen Veränderungen 1989/1990. In: Berichte. Internationale Wissenschaftliche Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e. V. Berlin. 21 [2011] 192/193, S.15-38.)

ätze zwischen Konzernen und zwischen den Staaten bei der Integration. Die Unterschiede im ökonomischen Niveau der Länder und Konzerne führten zu Kräften, die im ungezügelter Konkurrenzkampf wirken und den wirtschaftlich Stärkeren stets sich potenzierende Vorteile gewähren. Die USA als wichtigster Wirtschaftspartner und Konkurrent errangen an der Seite der europäischen Großmächte, zunächst Großbritanniens und Frankreichs, später auch der Bundesrepublik Deutschland, eine dominierende Stellung im europäischen Integrationsprozess. Als Konsequenzen entstehen Interessengegensätze zwischen Unternehmen, Staaten und Regionen, vor allem aber soziale Gegensätze zwischen Arm und Reich, die die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft bis zu chaotischen Zuständen gefährden. Gleichzeitig führt mögliches Scheitern besonders großer Unternehmen zu unbeherrschbaren gesellschaftlichen Auswirkungen. Dieses Interessengeflecht stellt die europäische Integration immer wieder vor neue Probleme. Der Beitrag für Frieden und Wohlstand in der Welt wird geschmälert bzw. bleibt dabei auf der Strecke. Die Gegensätze zwischen „nationalen“ Interessen stehen notwendigen Integrationsfortschritten entgegen. Zudem werden die Außen- und Sicherheitspolitik den internationalen Interessen des Großkapitals untergeordnet. In den einzelnen Staaten wie in Europa werden die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerungsmehrheit hinsichtlich der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten im Interesse des Kapitals eingeschränkt. Damit wird der Spielraum für politische Integration im gesellschaftlichen europäischen Interesse maßgebend eingeengt. So ist die neoliberale Politik an ihre Grenzen und die europäische Integration in eine Krise geraten.

Selbst Weidenfeld, einer der Protagonisten der wissenschaftlichen Propagierung der Europäischen Union, muss zugeben, dass bereits Mitte der 1970er Jahre „die ungünstige Entwicklung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die ökonomischen Probleme innerhalb der EG... zu immer stärkeren Widersprüchen zwischen Gemeinschaftsinteressen und nationalstaatlichen Anliegen“ führten und „ein Prozess der Entsolidarisierung“ unübersehbar war.² Noch eindeutiger beschreibt Gehler die Interessengrundlage der Integration. Er versteht die EU als Handels- und Wirtschaftsmacht. „Letztlich ist die EU ein Projekt ökonomischer Eliten. Durch Investitionspolitik, Markterweiterung, Wirtschaftskooperation und Unternehmensexpansion etc. haben diese auch bisher die größten Vorteile von der EU gehabt.“³ Dabei kam den „transnationalen Konzernen“ bei der Globalisierung der Wirtschaft im Vergleich zu den nationalen Einflüssen „seither größerer Einfluss“ zu.⁴ Die Machtkonzentration der transnatio-

² Weidenfeld, W.: Europäische Einigung im historischen Überblick. In: Weidenfeld, W. und Wessels, W. (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Baden Baden und Bonn 2011, S. 21f.

³ Gehler, M.: Europa. Ideen / Institutionen / Vereinigung. München 2010, S. 551.

⁴ Ebenda, S. 485.

nenalen Konzerne im Weltmaßstab hat eine Studie der Eidgenössischen Hochschule Zürich untersucht.⁵

Vor diesem Hintergrund hat die europäische Integration neben Unterstützung durch die europäische Öffentlichkeit bei großen Teilen der europäischen Bevölkerung zu Skepsis und Ablehnung geführt. Eine Identifizierung der Bevölkerung mit Europa kam nicht zustande. Das Scheitern der eingeschlagenen Integrationswege konnte auch durch kostspielige Intensivierung der Propagierung der Integrationspolitik nicht verhindert werden. Nicht fehlende Information beeinflusst primär die ablehnende Haltung der Bevölkerung, sondern das Erkennen und Empfinden der verfehlten Integrationspolitik, die sich widerspiegelt in der Militarisierung der Außenpolitik und in der Gemeinschaftsinteressen widersprechenden Wirtschafts-, Währungs-, Umwelt-, Entwicklungs- und Sozialpolitik.

Weidenfeld legt eine andere widersprüchliche Ursachenanalyse vor. Er sieht eine „Perzeption der Krisenquelle“, die der „Evidenz der Daten“ gegenübersteht und spricht von einer „Schimäre Eurokrise“. Dementsprechend soll „Europas Politik nun das Erklärungsdefizit eliminieren“. Das ist eine verbreitete Auffassung zu europäischen Krisen. Weidenfeld hält das „Ausmaß der Herausforderung... gemessen am Anteil an der gesamten europäischen Wirtschaftskraft finanztechnisch sehr limitiert“, schätzt aber die derzeitige Situation als „zweite Eurosklerose“ ein und erkennt die „fehlende politische Union“ als entscheidend für die Lage der EU. Ein „zukunftsorientierter strategischer Entwurf“ und seine Forderung, „die Fragen zu Identität und Perspektive des Kontinents überzeugend zu beantworten“, bleiben jedoch inhaltlich völlig offen.⁶

Ambivalenz europäischer Integration

Der Widerspruch zwischen den Integrationserfordernissen des Fortschritts der Produktivkräfte des heutigen Kapitalismus und den wirtschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration führt zur Ambivalenz der Geschichte der EWG, EG und EU. Ersil beschreibt den Ursprung dieser politischen Ambivalenz in einem Beitrag über die Geburt und Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.⁷ Einerseits wird beispielhaft im internationalen Maßstab regionale Integration durchgesetzt, werden Wirtschaftsstrukturen und -institutionen Erfordernissen der Globalisierung angepasst. Kriegsfolgen und die Konfrontation mit der Entwicklung in

⁵ Vgl. Vitali, S., Glattfelder, J. B., Battiston, S.: The network of global corporate control. In: Internet: <http://www.plosone.org> Siehe auch: Baumann, D. und Schlandt, J.: 147 Firmen kontrollieren die Welt. In: Berliner Zeitung, Berlin, 25. Oktober 2011, S. 9.

⁶ Vgl. Weidenfeld, W.: Europa! Identität und Perspektive des Kontinents. In: WeltTrends. Potsdam. Nr. 80. September / Oktober 2011, S. 5 und 8.

⁷ Vgl.: Ersil, W.: Nicht nur zivile, friedliche Ziele. In: Neues Deutschland. Berlin, 10./11. Februar 2007, S. 22.

Osteuropa verstärkten die Integrationsbestrebungen. In den vergangenen über 60 Jahren wurden die Hauptbereiche der europäischen gesellschaftlichen Entwicklung mehr oder weniger intensiv in regionales Zusammenwirken einbezogen und mit einer ausgebauten Institutionsstruktur zunächst auf west- und dann auf gesamteuropäischer Ebene versehen. Andererseits nehmen die Institutionen der Integration unter der Vorherrschaft der NATO auch an der internationalen Politik der beteiligten Staaten teil. Die EG / EU diente dem Kalten Krieg, unterstützte das Wettrüsten und den Einsatz militärischer Mittel zur Lösung politischer Konflikte, erwies sich als treuer Verbündeter der USA, wurde zum Vorkämpfer der weltweiten neoliberalen Wirtschaftsentwicklung im Interesse der großen Konzerne und unterstützte die Machtkämpfe der stärksten europäischen Mächte.

Die Ambivalenz zeigt sich in allen bedeutenden Integrationsschritten, in der Unausgewogenheit der Bestandteile und der historischen Aufeinanderfolge des Integrationsprozesses. Die Liste dieser Schritte umfasst die Montanunion, die Römischen Verträge zur Gründung der EWG und der Euratom, die Fusion zur EG und den Aufbau ihrer Institutionen, die Zollunion, die Nord- und Süderweiterung, die Assoziierung der AKP-Staaten, den Gemeinsamen Markt, die Assoziierung der EFTA-Staaten und den Europäischen Wirtschaftsraum, die Osterweiterung, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die gemeinsame Innen- und Justizpolitik, die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Europawahlen und die Entwicklung des Europäischen Parlaments sowie die Charta der Grundrechte und den Vertrag von Lissabon als Ersatz für die gescheiterte Verfassung. Als jüngste Beispiele von ambivalenten Inhalten der EU-Politik können die Vorschläge der EU-Kommission für Pläne zur Agrarreform ab 2014 sowie die Vorschläge der Kommission für den Ausbau der europäischen Netze für Verkehr, Energie und Telekommunikation angeführt werden.⁸

Die Verträge, Erklärungen und die Selbstdarstellung der EWG, EG und EU zeichnen in Worten ein Bild von „Gemeinschaften“, von Harmonie, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, dass die Interessengegensätze verdeckt und aus der Ambivalenz ihrer Entwicklung eine einseitige Erfolgsbilanz der Integration im Interesse des Friedens und des Wohlstands der Völker vorgibt. Weidenfeld muss 2004 zugeben: „Europa erhält gegenwärtig ein neues Gesicht: die Erweiterung zu einem großen Integrationsraum, die Konsolidierung durch eine neue Verfassung, die absehbaren Konflikte um Macht und Finanzanteile und die erodierende Legitimation mangels Beteiligung an den Wahlen zum europäischen Parlament. Europas neues Gesicht ist... ambivalent: Die Erfahrung großer Erfolge wird ergänzt durch die Sorge vor der nächsten

⁸ Vgl. Damm, H.: Grüne Landschaften. In: neues deutschland. Berlin, 13. Oktober 2011, S. 9, und EU - Kommission will Netze ausbauen. In: neues deutschland. Berlin, 20. Oktober 2011, S. 10.

Krise.“ Die Verfassung der EU scheiterte dann auch noch an der abgelehnten Legitimation durch die Bevölkerung. Weidenfeld sah „das Projekt einer großen EU in Gefahr“⁹. Er hatte bereits im Dezember 2000 einen „übermächtig“ werdenden „Erosionsprozess“ und das Bemühen, zu stabilisieren ehe „die poröse Fassade implodiert“, beschrieben¹⁰. Die europäische Integration bewegt sich seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft in einem ambivalenten Zustand zwischen voranschreitenden Integrationsschritten und Reformkrisen. Gehler stellt fest: „Von der EWG bis zur EU gab es beträchtliche Unterschiede zwischen Integrationsanspruch und -wirklichkeit.“ Seiner Feststellung der „Unterschiede zwischen Integrationsanspruch und -wirklichkeit“ ist folgende Aufzählung vorangestellt: „1957 wurde mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge der ‚Gemeinsame Markt‘ verkündet, der Jahrzehnte kein solcher war. Sollte nach Inkrafttreten des EWG-Vertrags (1958) mit einer Übergangsfrist zu Mehrheitsentscheidungen im Rat übergegangen und damit das Ziel der Supranationalität angepeilt werden, so war bis in die 1980er – und 1990er – Jahre in den Kernbereichen der Integrationspolitik das Gegenteil der Fall. War auf dem Haager Gipfel 1969 und im später folgenden Tindemans-Bericht wie auch später in Maastricht 1991 von der Schaffung einer ‚Politischen Union‘ die Rede, so ist zu konstatieren, dass diese bis zum heutigen Tag nicht existiert. Wurde in den 1970er- und 1980er – Jahren von der ‚Europäischen Politischen Zusammenarbeit‘ (EZP) gesprochen, so hat diese über einen Informations- und Konsultationsmechanismus hinausgehend nur selten wirksam funktioniert. Lockte die EG Mitte der 1980er Jahre mit dem imaginären Kürzel ‚EG 92‘ – dem Binnenmarkt –, der bereits in den 1950er Jahren anvisiert worden war, so trat dieser 1993 in Kraft, ist aber bis heute noch nicht hundertprozentig verwirklicht. Lange Zeit war von der EU die Rede, dabei handelte es sich streng rechtlich gesehen nur um die drei Teilgemeinschaften... Hieß es nach Maastricht, es komme die ‚Wirtschafts- und Währungsunion‘ (WWU), so ist bis heute eigentlich ‚nur‘ die Währungsunion realisiert und diese auch nur für 16 von 25 EU-Ländern: ‚Euro-Land‘ ist eine Euro-Zone – nicht mehr und nicht weniger... Die viel zitierte EU-Verfassung konnte – obwohl von Staats- und Regierungschefs abgesegnet – erst dann Realität werden, wenn ein Hindernislauf aus Abstimmungen und Ratifikationsverfahren durchlaufen war. Es kam zu einem abgeschwächten Reformvertrag.“¹¹ Nach Marhold ist bereits die erste Phase der in den 1990er Jahren eingeleiteten europäischen Systemreform „von einer spannungsvollen Diskrepanz zwi-

⁹ Weidenfeld, W.: Die Bilanz der Europäischen Integration 2003 / 2004. In: Weidenfeld, W. / Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2003 / 2004. Baden-Baden 2004, S. 14.

¹⁰ Weidenfeld, W.: Die Europäische Zeitenwende. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Dezember 2000, S. 8.

¹¹ Gehler, M.: A. a. O., S. 533.

schen hochfliegenden Plänen und enttäuschender Realität geprägt“¹². Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik sieht „die Entwicklung des EU-Systems zwischen Reformdruck und Integrationsmüdigkeit“¹³. Die europäische Integration entwickelte sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges unter dem bestimmenden Einfluss der USA und der stärksten europäischen Staaten. Der Kalte Krieg hat dabei gemeinsame Interessen dieser Staaten zur Wirkung gebracht, die die Konkurrenz zwischen den beteiligten Staaten zurückdrängten.

Widersprüchlichkeit, Krisen und Reformen der europäischen Integrationsgeschichte

Die gesamte Integrationsgeschichte wurde – gemessen an den gesellschaftlichen Integrationsinteressen – zu einer Folge gescheiterter Reformversuche hinsichtlich der Vertiefung und Erweiterung des Zusammenschlusses der beteiligten Staaten und damit zu einer latenten Krise europäischer Integration. Weidenfeld weist in seinem historischen Überblick zur europäischen Einigung folgende Abschnitte aus: „Integrationspolitische Erfolge, Krisen und Reformversuche in den 60er und 70er Jahren“ und „Dialektik von Krise und Reform: Der Problemkatalog zu Beginn der 80er Jahre und der Weg zur Einheitlichen Europäischen Akte“.¹⁴ Die Entwicklung der EWG zur EG und zur EU und der EU nach 1989/1990 setzte die Dialektik von Krise und Reform fort. Sie führte die EU nach ständigen „Reform-leftovers“ über die Verfassungskrise bis zur Eurokrise.

Weidenfeld erkennt bei der europäischen Einigung die Wechselwirkung zwischen „Krise“ und „Reform“ zwar an, sieht darin aber eine „letztlich produktive Wechselwirkung“. Er vertritt die Ansicht: „Versäumte Reformen trugen wesentlich zu den Krisenerfahrungen bei, verschärften Krisen und ein komplexer Probleberg erhöhte den Reformdruck.“¹⁵ Das hat sich als ein ständig fortschreitender Prozess erwiesen.

Die folgende Aufzählung von Ereignissen, deren Detailanalyse obige Feststellung belegt, stützt sich auf Weidenfelds historischen Überblick.

Nachdem die europäischen Einigungsbestrebungen bereits im Jahre 1949 mit der Gründung des Europarates und der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erste Höhepunkte erreichten, sollten die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Europäische Politische Gemeinschaft mit einem vorgelegten Verfassungsentwurf Anfang der 1950er

¹² Marhold, H.: Von der Währungsunion zur (gescheiterten) Konstitutionalisierung der Europäischen Union – zehn Jahre Systemreform, ein Kapitel Integrationsgeschichte (1999-2008). In: *integration*. Berlin. 1/2011, S. 5.

¹³ Brozus, L.; Kietz, D.; von Ondarza, N.: Die Entwicklung des EU-Systems zwischen Reformdruck und Integrationsmüdigkeit. Möglichkeiten und Grenzen des Pragmatismus. In: Bendiek, A.; Lippert, B.; Schwarzer, D. (Hrsg.): *Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik*. SWP-Studie. Berlin 2011, S. 9.

¹⁴ Weidenfeld, W.: Europäische Einigung im historischen Überblick. A. a. O. S. 17 und S. 21.

¹⁵ Weidenfeld, W.: Europäische Einigung im historischen Überblick. A. a. O. S. 21 f.

Jahre der europäischen Integration eine politische Grundlage geben, die auf einen festen Zusammenschluss der beteiligten Staaten orientiert war. Das scheiterte vor allem an französischen Interessen. Die Römischen Verträge bildeten deshalb bereits einen pragmatischen Kompromiss, der sich auf bescheidenere Integrationsziele und besonders auf die Wirtschaftsgemeinschaft konzentrierte. Weidenfeld stellt dazu fest: „Die Konstellationen, die sich in den Verhandlungen zu den Römischen Verträgen herauskristallisierten, hatten historisch-prägenden Charakter. Hier prallten die divergierenden nationalen Interessen der Staaten hart aufeinander...“¹⁶ Auch der in den 1960er Jahren unternommene „erneute Versuch, einen politischen Rahmen für die Integration zu schaffen“¹⁷, der sich stärker auf ein intergouvernementales Konzept orientierte, führte zwar zur Norderweiterung der EG – wobei der Beitritt Norwegens an der Abstimmung der norwegischen Bevölkerung scheiterte –, zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit und zu „Fortschritten in Teilbereichen“ wie der Entwicklung von Institutionen der EG, zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur EG-Finanzierung. Die „Unsicherheiten in der großen Zielperspektive“ blieben aber bestehen. Ein „wirklicher Durchbruch zu einer Wirtschafts- und Währungsunion war nicht erreicht.“¹⁸ Vorschläge zu einer europäischen Union blieben ohne Konsequenzen.

Während der 1970er Jahre wurden immer stärker ungelöste Probleme der europäischen Integration erkennbar: Unzureichende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, ungenügende Fortschritte der Wirtschafts- und Währungsunion, ungenügende Entscheidungsfähigkeit der Institutionen, Probleme der Entwicklung des Agrarmarktes, Schwierigkeiten der Finanzierung der Integration und fehlende demokratische Legitimierung ihrer Tätigkeit. Deshalb kam es Anfang der 1980er Jahre im Rahmen intensiver Reformdiskussionen zu einem deutschen Vorschlag für einen Vertrag, eine „Europäische Akte“ mit dem Ziel einer „Europäischen Union“,¹⁹ und zu einem gemeinsamen Vertragsvorschlag von Deutschland und Italien, die aber keine grundsätzlichen Resultate ergaben. Auch eine Initiative des Europäischen Parlaments mit dem Entwurf eines Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union gab nur Impulse für weitere Diskussionen. Die ungelösten Probleme der Entwicklung des Europäischen Agrarmarktes, der EG-Finanzierung, neue Erfordernisse der Süderweiterung der EG und fortbestehende Vorschläge, die EG zu einer politischen und wirtschaftlichen Union auszubauen, die besonders von deutscher (Bundeskanzler Kohl) und französischer Seite (Präsident Mitterrand) unterstützt wurden, führten auf dem Mailänder Gipfel der EG im Jahre 1985, danach mit einer

¹⁶ Ebenda, S.16.

¹⁷ Ebenda, S.17.

¹⁸ Ebenda, S. 18-21.

¹⁹ Ebenda, S. 23.

Regierungskonferenz und mit dem Luxemburger Gipfel der EG im Jahre 1986 zur Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte, die im Juli 1987 in Kraft trat. In ihrem Mittelpunkt stand erneut als praktische Aufgabe die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bis zum Jahre 1992. In Verbindung damit hebt Weidenfeld außerdem folgende Elemente von „langfristiger und struktureller Bedeutung“ hervor: Ein neues Beschlussverfahren für den Bereich des Binnenmarktes, das qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat vorsah, die Stellung des Parlaments stärkte, jedoch gleichzeitig eine Fülle von Ausnahmen formulierte. Der Luxemburger Kompromiss (Vetorecht) blieb unangetastet. Die Europäische Politische Zusammenarbeit wurde mit der EG zusammengeführt. Die Kompetenzen der EG in den Bereichen Umwelt-, Forschungs-, Technologie- und Sozialpolitik wurden erweitert.²⁰ Die Einheitliche Europäische Akte war dennoch keine Lösung für die jahrelang angestauten Probleme der Identitäts-, Status- und Strukturentwicklung der EG. Es kam hinzu, dass die inzwischen weltweit fortgeschrittene Globalisierung auf neoliberalen Weg verschärfte Konkurrenzbedingungen für Europa zur Folge hatte, zur Abschottung des Binnenmarktes zwang und die europäische Integration mit sozialen Konsequenzen belastete, denen die EG nichts entgegenzusetzen hatte.

Zur Zuspitzung ungelöster Reformprobleme der Erneuerung und Erweiterung der EG nach 1989 /1990

Die politischen Veränderungen 1989 / 1990 führten zum Zusammenbruch des sozialistischen Systems in Europa. Die nun tragenden politischen Kräfte in Ost und West verzeichneten dies als Sieg des Westens und der EG über das sozialistische System. Sie begannen die gesellschaftlichen Verhältnisse der osteuropäischen Staaten nach dem westlichen Modell schnell und endgültig zu verändern und sie schrittweise, aber auf kürzestem Wege in die EG und die NATO zu überführen, um vollendete politische Tatsachen zu schaffen. Sie nutzten die Gunst der Stunde. Diese historischen Entscheidungen waren aber in dreierlei Hinsicht fehlerhaft:

1. Die Ausgangsbedingungen und verbliebenen politischen und wirtschaftlichen Potentiale und Erfahrungen für die Veränderungen in den osteuropäischen Ländern wurden ungenügend berücksichtigt. Potentiale wurden zerstört oder in Privatkapital überführt. Erfahrungen wurden negiert und diskreditiert.
2. Deutliche Probleme bei der Vertiefung der Integration in der EG und bei der Erweiterung der EG wurden unterbewertet und für gleichzeitig und kurzfristig lösbar angesehen. Die enormen Entwicklungsunterschiede der Länder Osteuropas zu den westeuro-

²⁰ Ebenda, S. 26 f.

päischen Ländern wurden negiert. Hinsichtlich der Vertiefung der EG-Integration blieb die Unverträglichkeit der Bildung einer wirtschaftlichen und politischen Union mit dem inzwischen eingeschlagenen neoliberalen Weg wirtschaftlicher Entwicklung unbeachtet. Die EG musste an ihre politischen Grenzen stoßen.

3. Daher wurden weder für die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften noch für die weitere Entwicklung der EG den Bedingungen entsprechende neue Ziele, wirklich schrittweises Vorgehen und neue Wege der europäischen Integration in Erwägung gezogen, obwohl dafür 1989 / 1990 günstige Bedingungen und große Chancen bestanden. Allerdings hätte dann der „Sieg“ nicht als „Endsieg“ gefeiert werden dürfen, sondern aus der Niederlage des Ostens und den im Westen auf der Tagesordnung stehenden ungelösten Problemen konstruktivere Schlüsse gezogen werden müssen. Der Westen nutzte seine Kräfteüberlegenheit, um einen willkürlichen Weg zu beschreiten, der die EG trotz erreichter Integrationsfortschritte auf einen zunehmend krisenträchtigen Weg brachte.

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen 1989 / 1990 verstärkten damit die ungelösten Reformprobleme. Die europäische Integration wurde zu einem Hauptweg, um die Folgen dieser Veränderungen und der sich daraus ergebenden neuen Interessenkonflikte zu bewältigen. Die bevorstehende Vertiefung der Integration musste nun auch mit der Erweiterung der EG verbunden werden, die hinsichtlich Umfang und neuen Anforderungen geschichtliche Dimension annahm. Es kam zu einem „Reformmarathon“ und zur „größten Erweiterung in der Geschichte der EU“²¹. Die EG / EU hielt an der während der 1980er Jahre eingeleiteten Grundorientierung der Vertiefung der Integration fest, obwohl die neuen Bedingungen und die absehbare Erweiterung der EG sowohl neue Erfordernisse als auch neue Chancen gebracht hatten.

Die Osterweiterung wurde als politisch vorrangige Aufgabe mit weit überzogenen Zielen und ohne hinreichende Beachtung der zu überwindenden Ausgangsbedingungen forciert. Gleichzeitig wurden Länder der EFTA in die EG aufgenommen. Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion und eine Europäische Union sollten die europäische Integration nahezu vollenden. Unterschiedliche Auffassungen über den anzustrebenden vorläufigen „Endzustand“ der EU wurden durch die Verbindung von intergouvernementaler Zusammenarbeit mit supranationalem Vorgehen berücksichtigt. Bereits 1992 wurde in Maastricht der Vertrag über die Gründung der Europäischen Union angenommen, der 1993 mit einem Jahr Verspätung in

²¹ Ebenda, S. 28.

Kraft trat. Damit war alles andere als eine Lösung der genannten Probleme der europäischen Integration gefunden. Die schwierige Ratifizierung des Vertrages, die in Dänemark erst im zweiten Anlauf gelang, die zunehmende Distanz der europäischen Bevölkerung zum Integrationsprozess (siehe die Ergebnisse bzw. Wahlbeteiligung der Europawahlen) und die anhaltenden Interessendifferenzen zwischen den beteiligten Staaten leiteten einen permanenten Diskussions-, Krisen- und Reformversuchsprozess in der Entwicklung der EU ein, der bis in die Gegenwart anhält. Die Vertragsrevision in Amsterdam im Jahre 1997 hinterließ im Ergebnis der vorbereitenden Regierungskonferenz erneut „left-overs“ mit großen Hindernissen für die Funktionsfähigkeit der EU.

Der Autor stellte 1998 in einer Situationsanalyse der europäischen Integration die widersprüchlichen sozialökonomischen und politischen Grundlagen der EU-Integration heraus und kam hinsichtlich der Währungsunion zu dem Schluss: „Mit den heutigen ökonomischen Grundlagen ist die Währungsunion mit enormen Risiken verbunden... Die Sicherung der Stabilität der Währung allein durch die Europäische Zentralbank und die mit dem Stabilitätspakt festgeschriebenen Handlungsweisen der Staaten sind entweder nicht einhaltbar oder mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen in den Ländern verbunden, die eine Zerreißprobe für die Gemeinschaft erzeugen können. Die Vorteile einer gemeinsamen Währung... liegen auf der Hand. Eine Währungsunion ist aber an Bedingungen gebunden... Ohne weitere Fortschritte der Angleichung der objektiven ökonomischen Bedingungen der beteiligten Länder... und ohne eine gleichzeitige politische Union mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt die Währungsunion ein hohes Wagnis.“²² Aus gleicher Sicht wurden auch das Tempo und die Ausgestaltung der Osterweiterung analysiert und kritisiert.²³ In einem weiteren Beitrag begründete der Autor auch die Notwendigkeit von differenzierten Umverteilungsprozessen („Transferunion“) in einer Wirtschafts- und Währungsunion von Staaten mit unterschiedlichem ökonomischen Niveau und ihren Konsequenzen für die gemeinsame Finanzpolitik.²⁴ Schließlich deckt er im Jahre 2001 in einem Beitrag die Ursachen für die fortgesetzten Schwierigkeiten der Entwicklung der europäischen Integration der EU auf, erörtert Vorschläge für Reformen der EU und legt Vorschläge für eine alternative Entwicklung vor,

²² Matthes, H.: Die Entwicklung der Europäischen Union seit Amsterdam und die wirtschaftliche Globalisierung. In: Berichte. Forschungsinstitut der internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik. 8 (1998) 75, S. 15ff.

²³ Zur Osterweiterung vgl. Matthes, H.: Zu den widersprüchlichen Grundlagen der Osterweiterung und des weltpolitischen Einflusses der Europäischen Union. In: Berichte. Forschungsinstitut der internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik. 12 (2002) 121, S. 8-25; und Matthes, H.: Zu den Startbedingungen der erweiterten Europäischen Union. In: Berichte. Forschungsinstitut der internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik. 13 (2003) 132, S. 36-51.

²⁴ Vgl. Matthes, H.: Zu den finanziellen Problemen der Entwicklung der europäischen Union. In: Berichte. Forschungsinstitut der internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik. 9 (1999) 82, S. 11-31.

die bis heute aktuell geblieben sind.²⁵ Mit einer kritischen Analyse der wirtschaftlichen Grundlagen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der damaligen Reformen der internationalen Finanzarchitektur wurden 2002 Erkenntnisse publiziert, die für das Verständnis der gegenwärtigen Finanzkrise aufschlussreich sind.²⁶

Im Jahre 2000 wurde nach einer erneut gescheiterten Regierungskonferenz in Nizza ein dritter Versuch durch den Vertrag von Nizza unternommen, die im Vertrag von Amsterdam offen gebliebenen Probleme zu lösen. Aber es kam nur zu neuen Kompromissen. In Nizza wurde auch die durch einen Konvent vorbereitete EU-Grundrechte-Charta proklamiert. In der dem Vertrag von Nizza angefügten Erklärung zur Zukunft der EU wurde eingestanden, dass die 1992 eingeleiteten Veränderungen auch mit dem Vertrag von Nizza nicht gelöst werden konnten.

Im Jahre 2002 wurden die Beitrittsverhandlungen mit zehn mittel-, ost- und südeuropäischen Ländern abgeschlossen und deren Beitritt im Jahre 2004 vollzogen.

Inzwischen ist die EU auf 27 Länder angewachsen und weitere Beitritte sind in Vorbereitung. Unter dem Druck der unbefriedigenden Vertragsabschlüsse und des Verlaufs der Vertragsrealisierung der Verträge von Maastricht bis Nizza leitete bereits der Gipfel der EU von Laeken im Jahre 2001 eine weitere Vertragsrevision ein. Zu diesem Zweck wurde ein Konvent eingesetzt, der gegenüber den Regierungskonferenzen demokratisches Herangehen fördern sollte. Im Jahre 2003 wurde der Verfassungsentwurf für die Europäische Union vorgelegt und dann nach einer Bearbeitung durch eine Regierungskonferenz im Jahre 2004 durch die Staats- und Regierungschefs in Rom unterzeichnet. Diese Verfassung enthielt den bisher am weitesten gehenden Kompromiss zu einer Bestimmung der Ziele und Grundstrukturen des europäischen Integrationsprozesses. Sie führte früher geschaffene Integrationsschritte und deren rechtliche Regelungen zusammen. Sie war allerdings kompliziert, wenig transparent, unterschiedlich interpretierbar und ließ vieles offen.

Die Verfassung schränkte die Problematik der Interessengegensätze, die sich durch die Erweiterung der EU verstärkt hatten, kaum ein. Ihr sicherheitspolitisches Profil mit der Orientierung auf den Einsatz militärischer Gewalt in der Welt, die ihrer Wirtschaftspolitik zu Grunde liegende neoliberale Wirtschaftskonzeption und die weitgehende Ausklammerung der Sozialpolitik aus ihren Zielen begründeten zusammen mit dem in der Praxis verbreiteten Auseinander-

²⁵ Vgl. Matthes, H.: Zu Problemen, Grenzen und möglichen Fortschritten der europäischen Integration. In: Berichte. Forschungsinstitut der internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik. 11 (2001) 112, S. 33-54.

²⁶ Vgl. Matthes, H.: Zu den wirtschaftlichen Grundlagen der EZB und zur Reform der internationalen Finanzarchitektur. In: Die Europäische Zentralbank. Macht außer Kontrolle? Manuskripte 23. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2002, S. 27-45.

gehen von Wort und Tat eine konfliktgeladene und krisenhafte weitere Entwicklung. Die Verfassung stärkte so nicht das Vertrauen in einen künftig wirksameren Beitrag der EU zur Lösung der herangereiften Erfordernisse europäischer Politik, sich gegen die weltweite Gefährdung des Friedens, für die Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkrisen, für die Eindämmung von Armut, für die Rettung der Umwelt und gegen die weitere Vertiefung der Nord-Süd-Differenzen einzusetzen.

Die Ratifizierung des Verfassungsvertrages von Rom scheiterte an den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Eine Periode des Nachdenkens, der Reflexion, wurde notwendig. Es kam zu einem Trend der Renationalisierung, der auch nationalistische Bewegungen mobilisierte. Die wahren Ursachen des Scheiterns wurden fast ausschließlich von der linken Opposition benannt. Die Maßstäbe für einen Ausweg aus dem eingetretenen Dilemma wurden zurückgeschraubt.

Aus den vielen Veröffentlichungen zur Vorbereitung des Lissabon-Vertrags ist die von Kühnhardt zur „zweiten Begründung der europäischen Integration“ hervorzuheben. Obwohl Kühnhardt in der Kritik des Vorhandenen wie in den Vorschlägen für die Zukunft sich mit einem politischen und sozialökonomischen Bekenntnis zurückhält und sich eher mit etablierten Trends identifiziert, arbeitet er deutlich die relative Begrenztheit des Erreichten heraus. Er geht davon aus, dass in der nun begonnenen Phase „die europäische Integration den stärksten Antrieb in der Behauptung Europas im Zeitalter der Globalisierung und in dessen Mitgestaltung durch eine weltfähig gewordene EU“ findet. Das bisherige „Eliteprojekt“ habe zur „Distanz zwischen dem Europa der Institutionen und dem Bürger“ geführt. „Die Mehrheit der Unionsbürgerinnen und -bürger“ habe sich bei den Europawahlen „für eine moderat konservative Ausrichtung der künftigen europäischen Politik entschieden“. Gleichwohl habe sich das euroskeptische Lager und jenes, das nationale Identitätswahrung vor europäische Gemeinschaftsbildung stellt, ebenso konsolidiert wie die exponiert linke, kapitalismuskritische Strömung in der europäischen Gesellschaft“.²⁷ Kühnhardt fordert „eine neue und breit angelegte Strategiediskussion“ über die weitere Entwicklung der europäischen Gesellschaft. Die europäische Integration habe in gewissem Sinne erst begonnen. Europa habe „Überprüfungs- und Erneuerungsbedarf, der weite Teile des geistig-kulturellen Hintergrundes und Resonanzbodens des Zeitalters der Globalität berührt“. Es gehe um „eine EU als Wertegemeinschaft, die als Weltpartner globale Gestaltungsansprüche projiziert“, die sich „im Bereich von Normen,

²⁷ Kühnhardt, L.: Die zweite Begründung der europäischen Integration. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament. Berlin. Nr. 10 / 2007 vom 5.März 2007, S. 3ff.

Werten und Interessen nicht indifferent geben und auf technisch-funktionalistische Begriffe zurückziehen“ könne²⁸.

Pfetsch erkennt Anfang 2007 in einer Wertung des Verfassungsvertrags, der von der Mehrheit der EU-Staaten bereits ratifiziert war, den unverzichtbaren Reformbedarf für das weitere Vorgehen und konzentriert sich auf die „innere und äußere Handlungsfähigkeit“ nach den Erweiterungen, die Auseinandersetzung mit „der wirtschaftlichen und sozialen Unausgewogenheit“ und die „demokratischen und identitätsstiftenden Erfordernisse“. Er fordert „den weiteren Ausbau des subsidiären Föderalismus, ...der Sozialunion im Sinne der sozialen Marktwirtschaft sowie der Weiterentwicklung interner Flexibilisierung und externer Differenzierung“.²⁹ Seine Erörterungen machen deutlich, dass er über den Verfassungsvertrag von Rom hinausgehenden Reformbedarf sieht. Wenig Beachtung schenkt er der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die deutsche Ratspräsidentschaft setzte sich im ersten Halbjahr 2007 erfolgreich für einen Plan zum Abschluss eines Vertrages ein, der den Verfassungsvertrag ersetzt. Die Berliner Erklärung der EU anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge im März und der Europäische Rat im Juni 2007 in Brüssel leiteten die Vorbereitung eines mühsam reparierten Vertrages ein, der möglichst große Teile des Verfassungsvertrages retten sollte.

Für die Ausarbeitung des neuen Vertrages wurde eine erneute Regierungskonferenz einberufen. „Bis zum Ende der Regierungskonferenz bäumten sich immer wieder nationale Interessen auf, die einen Konferenzerfolg gefährdeten.“³⁰ Im Dezember 2007 wurde der Vertrag von Lissabon angenommen. Es war gelungen, den wesentlichen Inhalt des Verfassungsvertrages von Rom zu übernehmen. Der Vertrag von Lissabon wurde nach schwierigen Verhandlungen bis zuletzt immer wieder durch Einwände einzelner Staat gefährdet und bildete erneut ein kompromissreiches Resultat. Seine Ratifizierung scheiterte zunächst am Nein im irischen Referendum. Der Vertrag wurde nachgebessert auch infolge von tschechischen Ratifizierungsschwierigkeiten. In Deutschland wurde das Bundesverfassungsgericht in den Ratifizierungsprozess eingeschaltet. Der Lissaboner Vertrag trat schließlich im Dezember 2009 in Kraft.

Der Vertrag von Lissabon hat trotz der Beibehaltung der kritisierten sozialökonomischen und politischen Ziele und Grundlagen der europäischen Integration die europäische Integrationsarchitektur ergänzt.³¹ Weidenfeld stellt die Neuerungen des Vertrages in den Vordergrund,

²⁸ Ebenda, S. 6f.

²⁹ Vgl. Pfetsch, F. R.: Die EU bedarf der Reformen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament. Berlin. Nr. 10 / 2007 vom 5.März 2007, S.18-23.

³⁰ Weidenfeld, W.: Europäische Einigung im historischen Überblick. A. a. O. S. 41.

³¹ Zum Inhalt des Vertrags von Lissabon vgl.: Deutsche Bundesbank: Der Vertrag von Lissabon. In: Monatsbericht. Frankfurt am Main. 62(2010)März, S. 45-52.

obwohl er einräumt, dass Europa auch künftig von einem fundamentalen Spannungsverhältnis geprägt sein wird. Er rechnet zu den Ergebnissen die „Einführung der ‚doppelten Mehrheit‘“ als „Schlüsselfunktion auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit und Demokratie“, „die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, die Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten, die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte, die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens sowie die Justierung der Instrumente der differenzierten Integration.“³²

Das Scheitern der Verfassung und der Vertrag von Lissabon sind Ergebnis einer permanenten Reformkrise der EU, die die Weiterführung des europäischen Integrationsprozesses durch die EU der 27 schwer belastet und gefährdet. Ausdruck dessen sind die in der Anfangsphase der Eurokrise zu hörenden Zweifel an der Fortexistenz der EU in ihrer derzeitigen Form. Die Eurokrise ist Ergebnis und Ausdruck der Orientierungen, die nicht den Erfordernissen der Interessen der europäischen Bürger an der Integration und Globalisierung entsprechen. Daran ändert auch die Tatsache wenig, dass der Lissabon-Vertrag die institutionelle Funktionsfähigkeit der EU formell verändert hat. Die Ausweitung der Funktionen des Europäischen Parlaments reicht für die Demokratisierung der EU nicht aus.

Einen historischen Überblick über die Entwicklung der europäischen Integration der EU gibt Gehler in seiner ausführlichen Analyse der EU-Geschichte, die er 2010 in einer Neuauflage seiner 2005 erschienen Monographie „Europa. Ideen / Institutionen / Vereinigung“ vorlegte. Seine grundlegende These lautet, „dass die Kombination aus bewusster Entwicklung und der gezielten Propagierung von Ideen mit ihrer gewollten Verwirklichung und konkreten Umsetzung durch dauerhaft gebildete Institutionen erst zur Einigung des Kontinents führen konnte... Die Verbindung von Ideen und Institutionen war nicht nur wichtig, sondern zwingend für den Erfolg einer historischen Entwicklung.“³³

Seine „Spurensuche nach den Ursprüngen und Charakteristika Europas in seiner großen und langen Geschichte“ führt ihn hinsichtlich der jüngsten Entwicklungen der EU zu Bewertungen wie „Überforderung mit zu vielen Aufgaben“, „Überdehnung im Zuge der Erweiterungen und den damit verbundenen Ratifikationskrisen von EU-Verträgen“, „der Supranationalitäts-Stillstand ist kaum noch eine Frage, sondern eher eine Gewissheit“ und „der Glaube an die Irreversibilität des Integrationsprozesses ist erschüttert“, obwohl er auch festhält: „Die EU-Erfolge sind unbestreitbar, doch fragt sich, ob sie ausreichen, um im weltweiten politischen

³² Vgl. Weidenfeld, W.: Europäische Einigung im historischen Überblick. A. a. O. S. 42 f.

³³ Gehler, M.: Europa. Ideen / Institutionen / Vereinigung. München 2010, S. 539.

Wettbewerb mitzuhalten.³⁴ Auch seine Feststellung „von der EWG bis zur EU gab es beträchtliche Unterschiede zwischen Integrationsanspruch und -wirklichkeit“ wird mit der Relativierung versehen: „Die europäische Integration war eine permanente Abfolge performativer Akte in einer Art ‚selffulfilling Prophecy‘, die bisher in geradezu sensationeller Manier in Erfüllung ging“³⁵.

Gehler beurteilt die außenpolitische und sicherheitspolitische Wirksamkeit der EU negativ: „Die Krisen und Kriege am Balkan machten die außenpolitische Impotenz und die sicherheitspolitische Agonie des integrierten Europas deutlich.“ Und weiter: „Außen-, sicherheitspolitisch und militärisch ist sie (die EU – H. M.) – und bleibt dies wohl noch – eine vernachlässigbare, also marginale Größe, die weder in China, den USA noch in Russland ernst genommen wird.“³⁶ Außenpolitisch erkennt Gehler im Zusammenhang mit dem Irakkrieg einen Konflikt „in der so genannten transatlantischen Alliance“, der „mehr Ausdruck eines strukturellen Antagonismus als der eines akzidentiellen Dissenses“ zu sein scheint. Er bekräftigt: „Dieser grundsätzliche Gegensatz äußert sich in einer außenpolitischen Kluft, die mit einem wachsenden Bewusstsein für eine Wertedifferenz... korreliert“. Diese Kluft wird auch als eine „steigende Machtasymmetrie“ und „eine zunehmende strategische Divergenz“ beschrieben. Gehler irrt aber in Anbetracht der konzeptionellen und praktischen Beteiligung Europas an militärischen Aktionen in der Welt, wenn er Europa dabei schon als „Zivilmacht“, als „zivilisierte Weltmacht“ betrachtet, das keine Kriege austragen, sondern Frieden, Recht und Stabilität exportieren will. Richtig ist seine Aussage, dass „die US-amerikanische Art der Terrorbekämpfung“ so fragwürdig wie ihre unilaterale Politik war.³⁷

Zur Osterweiterung schreibt Gehler: „Den ökonomischen Problemen und institutionellen Herausforderungen wurde in Kopenhagen (Dezember 2002 – H. M.) allerdings nicht ausreichend Rechnung getragen, obwohl es an Kritik und Warnungen nicht gefehlt hatte. Zu sehr vernachlässigt wurde der gewichtige Umstand, dass Mitglieder und Beitrittskandidaten weder nach Struktur noch nach Zielsetzungen eine Einheit bildeten. Die Entscheidung war aber... eine ideell begründete, moralisch motivierte und damit auch eine höchst politische.“³⁸ Er vertritt unter „Expansion statt Kohäsion: Die EU in ihrer hausgemachten Krise“ die Meinung: „Die Erweiterung durfte die Vertiefung nicht gefährden, faktisch war dies aber bereits der Fall.“³⁹ Die Eurokrise hat jetzt die Auswirkungen der Versäumnisse der überstürzten und inkonse-

³⁴ Ebenda, S. 501.

³⁵ Ebenda, S. 533 f.

³⁶ Ebenda, S. 550f.

³⁷ Ebenda, S. 471-473.

³⁸ Ebenda, S. 409.

³⁹ Ebenda, S. 410.

quenten Osterweiterung erneut bewiesen und das Eurosystem vor neue Entscheidungen gestellt.

Eurokrise offenbart Instabilität und Krise der EU

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise machte die latente Krise der europäischen Integration sichtbar. Die Europäische Union, besonders die Eurozone, ist in ihrer Existenz bedroht. Kirsch fasst zusammen: „Wenn aus der Eurokrise eine wirkliche Chance erwachsen soll, dann unter der Bedingung, dass sie nicht nur als Währungskrise erkannt und angegangen wird; dann ist nötig, dass sie als eminent politische Krise auch in der Öffentlichkeit begriffen wird: Es geht um die politische Verfasstheit von Europa.“⁴⁰

Alle bisherigen Versuche der Krisenbekämpfung laufen auf eine Fortführung der gescheiterten neoliberalen Politik hinaus. Die Rettung der Banken, der in Not geratenen Staaten und die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der schwächeren Länder auf Kosten der Sozialausgaben, der Arbeitsbedingungen und Einkommen der Bevölkerung vertiefen die Krisenursachen und folgen. Bescheidene Reparaturen der Finanzarchitektur reichen nicht aus, um die Spekulation zu verhindern. Die Krise ist auf die Dauer nicht durch einen Finanzausgleich in ständig wachsender Höhe finanzierbar. Auch der Versuch, der Krise mit einer einseitigen Stärkung supranationaler Rechte zur Schuldenbekämpfung, der Durchsetzung einer Schuldengrenze und des Stabilitätspakts sowie einer weitgehend nur rhetorisch verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung (wirtschaftspolitische Leitlinien, Euro-Plus-Pakt) zu begegnen, beseitigt nicht die Ursachen der Krise. Ein Transfer von wirtschaftlichen Mitteln wird vor allem von Deutschland abgelehnt, obwohl er ohnehin unvermeidbar und bereits im Gange ist. Solange der Transfer nicht Bestandteil einer neuen Wirtschaftspolitik im Sinne der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen an einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung mit wirklicher Konvergenz ist, führt er allerdings nur zu wachsenden, selbst von den finanziell stärksten Staaten immer weniger zu tragenden Belastungen. Luft bestätigt in diesem Sinne: „Dem Euro... fehlt die Verankerung in einer echten Wirtschaftsunion mit abgestimmten Mindeststandards in der Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik. Die Stabilisierung des Euro erfordert mehr als die Androhung härterer Sanktionen gegenüber hoch verschuldeten Ländern oder noch größere Rettungsschirme.“⁴¹ Hickel stellt fest: „Wer die politische Integration Europas in Richtung einer

⁴⁰ Kirsch, G.: Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungskrise; Enderlein, H.: Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament. Berlin. Nr. 43 / 2010 vom 25. Oktober 2010, S. 6 f.

⁴¹ Luft, C.: Euro-Krise – wie weiter? In: Neues Deutschland. Berlin, 27. Dezember 2010, S. 4. Luft hat sich auch gegen ein „deutsches“ Europa eingesetzt und inhaltliche Forderungen an eine „Europäische Wirt-

Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion verweigert, hat auch die Verantwortung für das Siechtum der Euro-Währung mit einem schrecklichen Ende zu tragen.“⁴² Auch Ersil erkennt bei der Behandlung der Finanzkrise, dass den notwendigen Forderungen an eine Wirtschaftsregierung nicht entsprochen wird.⁴³

Hinsichtlich der Supranationalität in einer Union wird zu Recht zur Vorsicht geraten. Abels-hauer warnt, bei der „Hoffnung auf die Überwindung der Nationalstaaten“ durch das „Vertrauen auf die Zwangsläufigkeit wirtschaftlich-technokratischer Integrationsprozesse und die integrative Logik der Märkte“ zu setzen. Das sei die „politische Lebenslüge der Gemein-schaft“.⁴⁴ Passadakis erklärt: „Wer angesichts der neuen neoliberalen Integrationsdynamik mehr Macht für EU-Gremien fordert, erweist der europäischen Integration einen Bären-dienst.“⁴⁵ Stärkung der europäischen Koordinierung und Regulierung setzt eine andere Wirt-schaftspolitik voraus. Andererseits steht fest, dass eine Rückkehr zur Nationalisierung der Wirtschaftspolitik nicht die anzustrebende Lösung der Krisenprobleme sein kann, obwohl der Trend zu einem solchen Rückzug konzeptionell und praktisch bereits vorhanden ist.

In den Auseinandersetzungen mit der Krise in der Europäischen Union zeigt sich das Dilem-ma ihres gegenwärtigen Zustands. Die bisherigen Rettungs- und Reparaturversuche offenba-ren den fehlenden demokratischen Hintergrund zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interes-sen der beteiligten Völker. Deutschland und Frankreich nehmen als Großmächte Vorrechte bei der Regelung der Probleme in Anspruch. Jüngst ist sogar von einem „deutschen Weg“ der Lösung europäischer Probleme die Rede. In der EU wächst der Widerstand gegen den einge-schlagenen Weg. Auch das Zusammenwirken der Institutionen ist zunehmend von Wider-sprüchen gekennzeichnet. Das betrifft auch das Verhältnis der EU zu den Mitgliedsstaaten. Großbritannien vertritt ebenfalls seine Großmachtinteressen – nicht selten in Übereinstim-mung mit den USA – gegen eine Änderung der Finanzarchitektur und erweist sich überhaupt als Hindernis für Integrationsfortschritte in der EU.

Europäische Integration am Scheideweg

schaftsregierung“ formuliert. Vgl. Luft, C.: Merkel will deutsches Europa. In: Neues Deutschland. Berlin, 21. Februar 2011, S. 4.

⁴² Hickel, R.: Das Euro-Chaos beenden. In: Neues Deutschland. Berlin, 6. Dezember 2010, S. 4.

⁴³ Vgl. Ersil, W.: Eine Wirtschaftsregierung für die Europäische Union. In: WeltTrends Spezial 2. Pots-dam 2011. In: http://www.uni-potsdam.de/db/wtcms/wordpress/wp-content/uploads/2011/03/wtspezial_ersil_3.pdf.

⁴⁴ Abels-hauer, W.: Die Erblast des Euro – eine kurze Geschichte der europäischen Währungsunion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament. Berlin. Nr. 43 / 2010 vom 25. Okto-ber 2010, S. 44.

⁴⁵ Passadakis, A.: Zwei Seiten einer Euro-Medaille. In: Neues Deutschland. Berlin, 22./23. Januar 2011. S. W 11.

Europäische Integration ist dennoch unverzichtbar. Deshalb muss um den Erhalt der EU und den demokratischen Wandel ihrer Ziele, Grundlagen und Strukturen weiterhin gerungen werden. Zur Zeit unterliegt die Politik der EU dem weltweiten Trend gewaltsamer politischer Auseinandersetzungen und neoliberaler Wirtschaftsentwicklung. Dennoch bleibt die Chance, dass Europa sich als Vorreiter grundsätzlicher politischer und wirtschaftlicher Veränderungen profilieren könnte. Europäische Integration und Globalisierung entsprechen den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Es gibt allerdings kein Gebiet der bisherigen Integration, für das nicht analoge grundsätzliche Veränderungen wie für die gemeinsame Währung notwendig sind. So gehören gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Binnenmarkt, Agrarpolitik, mittelfristige Finanzplanung und Haushaltspolitik, Energie- und Umweltpolitik, innenpolitische Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik, Erweiterungen der EU und Nachbarschaftspolitik auf den Prüfstand und reformiert. Der Vertrag von Lissabon enthält politische und ökonomische Grundorientierungen, die einer harmonischeren Interessenkoordinierung der Union entgegenstehen. Die mit der Verfassung angestrebte und notwendige Kompetenz, die entsprechende institutionelle Struktur und der erforderliche Handlungsrahmen für die erweiterte Union wurden nicht erreicht. Europa muss sich auf den Weg einer neuen Integrationspolitik begeben. Nach der kritischen Bilanz des Vorhandenen sind die erforderlichen Reformen der Rechtsgrundlagen der Union einzuleiten und der von der Zivilgesellschaft demokratisch bestimmte weitere Weg europäischer Integration zu beschreiben.

In den beteiligten Staaten der EU können unabhängig vom Fortschritt des gesamten Projekts sofort Voraussetzungen für eine Wende in Europa herbeigeführt werden. Die Veränderungen werden auch darüber entscheiden, inwieweit und wann die heute noch dominierende staatliche Zusammenarbeit zu einer supranational wirkenden Union weiterentwickelt werden kann. Schließlich muss auf analoger Grundlage auch eine Transformation der Globalisierung gesellschaftlicher Prozesse vorangebracht werden.

Lichtblicke für eine Veränderung des Kurses der EU sind vor allem im Europäischen Parlament erkennbar. So wurde durch das Parlament ein Verbot von zwei spekulativen Finanzprodukten auf dem europäischen Verordnungswege angenommen. Es betrifft den Einsatz von Kreditausfalloptionen (Credit Default Swaps) ohne tatsächliche Kreditgewährung und die ungedeckten Leerkäufe mit Verkaufszusagen. Allerdings sind dabei Ausnahmen vorgesehen und die Verordnung soll erst im Herbst 2012 in Kraft treten.⁴⁶ Das Parlament forderte im März

⁴⁶ Vgl. Wagner K.: Leere bei Leerverkäufen. In: neues deutschland. Berlin, 16. November 2011, S. 16.

2011 auch die Einführung von Eurobonds.⁴⁷ Die Europäische Kommission legte dazu in einem Grünbuch Vorschläge vor, die 2012 zu einem Gesetzesvorschlag führen sollen. Eingegangen wurde auch auf die bisher ablehnende Position Deutschlands.⁴⁸ Zu den Lichtblicken gehört auch ein durch das Parlament angenommener Bericht, der „ein Ende der verbreiteten Praxis der Nichtbesteuerung von Konzerngewinnausschüttungen“ fordert und dazu konkrete Forderungen an die Europäische Kommission zur Überarbeitung der Mutter-Tochter-Richtlinie enthält.⁴⁹ Das Europäische Parlament drängt die Europäische Kommission zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit.⁵⁰ In einem Initiativbericht appelliert das Europäische Parlament an Politik und Wirtschaft, Entwicklungsländer bei der Beschaffung von wertvollen Rohstoffen nicht zu übervorteilen.⁵¹ Das EU-Parlament bezieht zum Verbot von Streubomben mit einer Resolution gegen eine Abschwächung des diesbezüglichen Osloer Abkommens bei den Genfer Verhandlungen der UN über eine Ächtung der Streumunition Stellung.⁵²

Da die Krisenbekämpfung in absehbarer Zeit die Krisen verursachenden Gene der kapitalistischen Ordnung nicht beseitigen kann, muss sie sich ohne weiteren Zeitverzug auf die Veränderung der Regulierung der Wirtschaft der Staaten, der Europäischen Union und der internationalen Organisationen konzentrieren, also die bestehende Gesellschaft reformieren. Das erfordert die Durchsetzung des Primats der Politik, die Wahrnehmung gesellschaftlicher Interessen durch die Staaten und ihre regionale und globale Kooperation. Zunächst müssen das demokratische Wirken der Staaten und die Beteiligung der Zivilgesellschaft für die gesellschaftliche Interessenwahrnehmung gesichert werden. Das verlangt auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wirken der Brüsseler Bürokratie.

Die sozialen und ökologischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung sind vorrangig bei den Reformen zu berücksichtigen. Gegenüber den Bank- und anderen Konzernen mit einer Schlüsselstellung in der Wirtschaft ist staatlicher Einfluss durch einschneidende Maßnahmen bis zur Verstaatlichung in ausgewählten Fällen zu sichern. Kommunales und genossenschaftliches Eigentum ist zu erhalten und zu fördern. Teile privatisierten staatlichen und kommunalen Eigentums sollten zurückgeführt werden. Die Europäische Union muss zu einer politi-

⁴⁷ Vgl. Klute, J.: Transparenz und Steuerung. In: Neues Deutschland. Berlin, 29. Juli 2011, S. 8.

⁴⁸ Vgl. Wagner, K.: Brüssel beharrt auf Eurobonds. In: neues deutschland Berlin, 24. November 2011, S. 17.

⁴⁹ Vgl. Ling, M.: Keine Steuerschlupflöcher für die Multis. In: neues deutschland. Berlin, 28. Oktober 2011, S. 8.

⁵⁰ Vgl. Ling, M.: Umkämpftes Recht auf Nahrung. In: Neues Deutschland. Berlin, 30. September 2011, S. 11.

⁵¹ Vgl. EU – Parlament kontra Kolonialismus. In: Neues Deutschland. Berlin, 14. September 2011, S. 6.

⁵² Vgl. Standke, O.: EU – Parlament für Verbot von Streubomben. In: neues deutschland. Berlin, 19./20. November 2011, S. 8.

schen Union gestaltet werden, die Frieden und Sicherheit in Europa gewährleistet und in der Welt befördert. Die politische Union bildet auch die Grundlage für eine Wirtschaftsunion. Die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik und der Übergang zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung sind dabei globale Aufgaben, die in der EU basisdemokratisch, staatlich und regional unverzüglich und schrittweise zu realisieren sind.

Die Entwicklungen in den USA, in Asien, in Lateinamerika, im Nahen Osten und in Afrika drängen auf neue Lösungen der angestauten ungelösten Existenzprobleme der Menschheit. Zunehmend entwickeln sich auch gesellschaftliche Kräfte, die Auswege unterstützen. Die europäische Öffentlichkeit verlangt neue Ziele und Wege gegen offensichtliche gesellschaftliche Fehlentwicklungen.

Die historischen Erfahrungen zeigen aber auch, wie schwer es ist, mit Reformen einen Durchbruch zu erreichen. Es bleibt deshalb offen, ob die Europäische Union in der Lage ist, eine europäische Integration zu entwickeln, die als Bestandteil eines reformierten Kapitalismus die Ansprüche erfüllen kann. EU-Kommissionspräsident Barroso erkannte: „Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder wir halten zusammen oder wir versinken in Bedeutungslosigkeit.“ Er warnt: „Alles kann schneller, als es aufgebaut wurde, zusammenfallen.“⁵³ Seine Vorschläge für den Ausweg lassen allerdings den Inhalt eines Kurswechsels offen, leider schließen sie auch die mögliche Fortsetzung des bestehenden Kurses mit einem „Weg der Stärke“ nicht aus.

Vorhandene Konzepte für eine Neuorientierung der europäischen Integration

Die Partei Die Linke hat in ihrem Programm, das im Oktober 2011 ein Parteitag beschloss und das durch Mitgliederentscheid bestätigt wurde, festgehalten, dass die Europäische Union für Die Linke „eine unverzichtbare politische Handlungsebene“ ist und sie „gemeinsam mit anderen Parteien“ „für einen grundlegenden Wechsel in der Europäischen Union“ steht. Es heißt dazu: „Wir wollen eine andere, eine bessere EU: Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union werden“. Die Vertragsgrundlagen der EU werden allerdings als nicht geeignet angesehen. Die Kritik richtet sich gegen den Vertrag von Lissabon, „gegen die in diesem Vertrag enthaltenen Aussagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, gegen die Grundausrichtung der EU an den Maßstäben neoliberaler Politik, gegen den Verzicht auf eine Sozialstaatsklausel, gegen die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsorgane sowie gegen das weiter bestehende Demokratiedefizit in der EU und ihren Institutionen.“ Demzufolge braucht die EU „einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener pri-

⁵³ Vgl. Barrosos Europa – Rede in Berlin. Die EU muss den Weg der Stärke wählen. In: Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland. EU-Nachrichten. Berlin. Nr. 27 vom 17. November 2011, S. 1f.

märrechtlichen Grundelemente der EU, die militärisch, undemokratisch und neoliberal sind.“ In einem zeitgleichen Referendum soll über eine von allen Bürgern mitgestaltete Verfassung in allen Mitgliedstaaten abgestimmt werden. Es soll sich um „nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union“ handeln, „der die europäische Integration im Interesse der großen Mehrheit der Menschen auf ein neues Fundament stellt“.⁵⁴ In der Präambel des Programms wird diese Zielstellung zusammengefasst: „Die Linke kämpft... für einen Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion, für den Vorrang sozialer Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten, für hohe und bessere europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine koordinierte und demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik, die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialen Leistungen und Umweltstandards entgegenwirkt. Eine EU, die vor allem auf Standortkonkurrenz, Wettbewerb und Dumpingwettbewerb und deren militärische Absicherung setzt, diskreditiert die europäische Idee.“⁵⁵

Im Programm werden die Ziele durch weitere Grundforderungen ergänzt, z. B. für die Auseinandersetzung mit der Finanzkrise: „Die Eurokrise hat einen weiteren Beleg dafür erbracht, dass die EU-Verträge nicht für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa taugen, sondern ganz im Gegenteil zur Verschärfung der Krise beitragen... Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert. Wir weisen alle Angriffe auf die Demokratie in Europa, etwa durch die Etablierung von Durchgriffsrechten auf nationalstaatliche Haushalte, zurück... Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden, der auch Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Stabilität einschließt... Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und ihr Wirken neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.“⁵⁶

Die Linkspartei formuliert, wie die im Programm ausgewiesene Kapitalismuskritik und die geforderte Systemänderung der Gesellschaft zum demokratischen Sozialismus, auch die Kritik an der EU und die Forderungen an die EU sehr radikal. Dabei wird das in der EU Vorhandene als Ausgangspunkt für schrittweise und projektbezogene Reformen nicht ausreichend

⁵⁴ Programm der Partei Die Linke. Berlin 2011. In: <http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderparteiidielinke/> S. 49 f.

⁵⁵ Ebenda, S. 6.

⁵⁶ Ebenda, S. 50f.

berücksichtigt. Trotzdem wird die Partei Die Linke mit ihren grundsätzlich richtigen Forderungen zur Veränderung der europäischen Integration und zur Überwindung der Krisen ein wichtiger Ideengeber bleiben. Ihr unmittelbarer Einfluss auf die Politik der EU wird aber davon abhängen, wie es ihr gelingt, Bündnisse mit anderen Parteien einzugehen und mit anderen einflussreichen Kräften zusammenzuwirken. Ihre gesellschaftliche Kraft allein reicht für die Realisierung dieses Programms nicht aus, zumal innerparteiliche Auseinandersetzungen derzeit ihre Kraft schwächen. Die Partei Die Linke ist aus sehr differenzierten Linkskräften hervorgegangen und hat sich mit unterschiedlichen linken Auffassungen auseinanderzusetzen. Um eine alternative Entwicklung zu erreichen, müssen jedoch sehr verschiedene gesellschaftliche Kräfte der Gesellschaft zusammenwirken. Das setzt Vernunft, Toleranz und Verständigungsbereitschaft voraus. Den gegenwärtigen antikommunistischen Ausfällen und ideologischen Kampagnen muss mit Beharrlichkeit und besseren Argumenten begegnet werden. Kompromissbereitschaft bedeutet nicht, dass auf Kapitalismuskritik, kämpferisches Vorgehen und außerparlamentarische Aktionen verzichtet werden sollte. Solange der Kern kapitalistischen Profitstrebens jedoch erhalten bleibt, ist Transformation ein notwendiger, aber zugleich widersprüchlicher Prozess. Ausgehend von der Ambivalenz der europäischen Integration und der Politik der EU sollten die Ausgangsbedingungen für Veränderungen differenziert und konstruktiv den notwendigen Schritten für eine Wende in der Politik zugrunde gelegt werden. Ohne Unterstützung an der Basis der Gesellschaft entwertet sich ein radikales Programm selbst, es braucht aber auch die Partnerschaft mit anderen Parteien und gesellschaftlichen Kräften, die direkten Einfluss auf die aktuelle Politik nehmen. Deshalb sind die Konzeptionen anderer Parteien und gesellschaftlicher Kräfte zu analysieren.

Die Stiftung für Wissenschaft und Politik berät seit Jahrzehnten die Politik der Bundesregierung. Eine SWP-Studie sieht die EU „spätestens seit dem Vertrag von Maastricht“ in „einer Phase der konstitutionellen Selbstvergewisserung“⁵⁷. Sie geht von einem fortbestehenden Reformbedarf auf den entscheidenden Gebieten der Integration aus, wobei sie das in der EU bestehende Demokratiedefizit herausstellt, die Orientierung an den Zielen und Aufgaben der EU hervorhebt und einen „externen Druck“ aufzeigt, der „ungebrochen“ dahingehend wirkt, „die EU weiteren Reformen zu unterziehen“. Andererseits sei „die Aversion unter Europas politischen Eliten gegen weitere Reformen, die der Vertiefung der Integration dienen, ausgeprägt wie selten zuvor.“⁵⁸ Für weitere Reformen bleiben drei Möglichkeiten: „Die mutige... Option umfassender konstitutioneller Reformen, die pragmatische Option von Reformen jenseits großer Vertragsrevisionen und... der Weg der differenzierten Integration“. Allen drei Optionen

⁵⁷ Bendiak, A.: Einleitung: Europa nach Lissabon. In: SWP-Studie. A. a. O. S. 5.

⁵⁸ Brozus, L.; Kietz, D.; von Ondarza, N.: A. a. O. S. 9.

stehen jedoch Hindernisse, Vor- und Nachteile im Wege, so dass unter den Bedingungen der Krise auch eine „weitere Erosion der Zustimmung zum europäischen Integrationsprozess“ nicht ausgeschlossen wird.⁵⁹ Kurz- und mittelfristig wird nur eine „Kombination aus differenzierter Integration und Reformen unterhalb der Schwelle einer großen Vertragsänderung“ („partielle Vertragsrevision“) als machtpolitisch realisierbar angesehen. Dringend wird eine Strategie gefordert, „die den Mehrwert dieser Reformen in der politischen Debatte erkennen lässt“.⁶⁰ Auf diese Weise wird die bisherige Vorgehensweise eingeschränkt fortgeführt.

Deutlicher werden in der Studie in dem Beitrag von Lippert und Schwarzer grundsätzliche Veränderungen angemahnt. Sie gehen davon aus, dass den großen Herausforderungen derzeit nur „Reparaturarbeiten und leichte Korrekturen am Status quo“ gegenüberstehen.⁶¹ Sie fordern „eine strategische Koalition für eine transnationale Debatte über ein neues Integrationsprogramm“⁶², führen dabei „die Sozialpolitik und Fragen von Krieg und Frieden“ sowie „mit Blick auf das politische System... eine europäische Wirtschaftsregierung und Parlamentarisierung des EU-Systems“ an. Sie bekräftigen die Beseitigung der Demokratiedefizite der EU und Habermas' Forderung nach „gegenseitiger Öffnung der nationalen Öffentlichkeiten“, einem „europäischen Raum der gesellschaftlichen und politischen Kommunikation“.⁶³ Schließlich fordern sie von der Bundesregierung: „öffentliche und kontroverse Kommunikation über Ziele, Interessen und Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten, Abstimmung mit den Partnern und Ausrichtung am europäischen Gemeinwohl“. Für die Durchsetzung der Forderungen reicht es aber nicht, „neue politische Steuerungskompetenzen und Institutionen zu schaffen, die eine Vertragsänderung erfordern und erhebliche Souveränitätsverzichte bedeuten würden“.⁶⁴ Lippert und Schwarzer betrachten jedoch zu unkritisch den Inhalt der Integrationsziele und die Problematik der Interessenkoordinierung als entscheidende Ursachen der derzeitigen Stagnation der Integration. Die derzeitigen Legitimationshindernisse sind auch nicht allein durch Souveränitätsverzichte und Supranationalität zu überwinden, wenn die Interessenlage in der EU nicht geändert wird. Lippert und Schwarzer haben ihren Standpunkt zur Veränderung der EU inzwischen vertieft und ergänzt. Sie sind der Meinung, dass die Bundesregierung „in den letzten Jahren als Exponent der Status-quo-Orientierung und des pragmatisch Sich-Durchwurstelns“ aufgetreten ist, und fordern: „Jetzt sollte sie helfen, dass die EU trotz einiger Integrationshürden eine zeitgemäße politische Union verwirklicht... Halbherzige Reformen

⁵⁹ Ebenda, S. 10-12.

⁶⁰ Ebenda, S. 17 f.

⁶¹ Lippert, B.; Schwarzer, D.: Die EU zwischen Zerfall und Selbstbehauptung: Entwicklung und Handlungsmöglichkeiten. In: SWP-Studie. A. a. O. S. 131.

⁶² Ebenda, S. 139.

⁶³ Ebenda, S. 136.

⁶⁴ Ebenda, S. 133.

machen mittelfristig eine erneute massive Krise in der Eurozone wahrscheinlich. Unmittelbar nähren sie die Skepsis der Marktteilnehmer, dass die Eurozone überleben wird. Die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung liegt auf der Hand.“⁶⁵ Die detaillierte Darstellung des damit verbundenen Reformbedarfs stellt allerdings neben Forderungen nach mehr Demokratie, Legitimität und Bürgernähe die Veränderung der Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft der Union in den Mittelpunkt der Reformen. Die notwendigen Neubestimmungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele und Interessen der Union bleiben demgegenüber im Hintergrund.

Die in der SWP-Studie enthaltenen Beiträge zu den Hauptgebieten der europäischen Integration illustrieren die Fülle von Problemen, die derzeit die Krise der EU ausmachen. Sie bekräftigen eine strategische Neuorientierung. Hinsichtlich der Außen- und Verteidigungspolitik wird allerdings am Konzept des engagierten internationalen militärischen Einsatzes der EU für die Lösung politischer Probleme festgehalten.⁶⁶

Die CDU hat sich mit ihrem Leitantrag „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ auf ihrem Parteitag im November 2011 in Leipzig für den Erhalt der Europäischen Union mit der gemeinsamen Währung bekannt. Ihr Rettungsweg mit einem antisozialen Sparprogramm soll nun mit Änderungen der europäischen Verträge durchgesetzt werden, indem EU-Institutionen von außen die Souveränität der Staaten einschränken. Bundeskanzlerin Merkel sprach schon vor dem deutschen Bundestag von einer „permanenten Überwachung in Griechenland“. Die durch den Sparzwang verursachten Wachstumsprobleme in den betreffenden Ländern schränken auch die Basis für die Gewinne der deutschen Wirtschaft weiter ein und mindern die Quellen der Länder für die Krisenbekämpfung. Der beschlossenen Ausdehnung des Rettungsschirms widerspricht die Ablehnung von finanziellen Transfers, z. B. durch Eurobonds. Der bereits absehbare Transfer wird klein geredet oder verschwiegen.

Im Umfeld der derzeitigen Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurden ebenfalls Konzepte einer mittel- und längerfristigen Neuorientierung in der EU-Politik entwickelt. So liegen zwei bedeutende Veröffentlichungen vor, die als repräsentativ für die Sozialdemokratie und die Grünen angesehen werden können. Sie enthalten wichtige soziale, ökologische und vor allem demokratische Forderungen, auch außenpolitische Vorschläge, die einer Neuorientierung entsprechen, obwohl sie wiederum zu stark im Vorhandenen verwurzelt blei-

⁶⁵ Lippert, B. / Schwarzer, D.: Kurs auf die Politische Union. Die EU sollte jetzt trotz vieler Hürden mehr Integration wagen. In: SWP-Aktuell. Berlin. November 2011. Nr. 52, S. 1f.

⁶⁶ Vgl. Bendiek, A.: Handlungsfähigkeit durch politische Führung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. In: SWP-Studie. A. a. O. S. 60-69; und Kempin, R.; von Ondarza, N.; Overhaus, M.: Strategische Ambivalenz überwinden: Szenarien für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In: SWP-Studie. A. a. O. S. 70-80.

ben bzw. ebenfalls der Fortsetzung der bisherigen gescheiterte Politik nahe kommen.⁶⁷ Beide Veröffentlichungen widmen der Demokratisierung der Arbeit der EU besondere Aufmerksamkeit. Angesichts der bisherigen praktischen Politik der Sozialdemokraten und der Grünen ist jedoch zu berücksichtigen, dass zwischen Erklärungen, die den erforderlichen Richtungsänderungen nahe kommen, und dem praktischen Handeln der Parteien erfahrungsgemäß erhebliche Unterschiede bestehen.

In der Studie der Heinrich-Böll-Stiftung nehmen konzeptionell die ökologische Klima- und Energiepolitik, eine nachhaltige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sowie das neue Verhältnis der EU zu ihren Nachbarn besondere Plätze ein. Tatsächlich verändertes politisches Handeln, das letztlich entscheidend für Veränderungen ist, demonstrierten die Grünen im Europäischen Parlament bei der Beratung von zwei Berichten zu gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Umgang mit und zum Abbau von volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten und drei Berichten zur Reformierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Economic Governance-Paket).⁶⁸ Die Beschlüsse des Bundesparteitages von Bündnis 90 / Die Grünen vom November 2011 sollten wie das Verhalten dieser Partei zur Eurokrise nicht als moderater Reformismus abgetan werden. Ihre Potenzen sind für die notwendigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Veränderungen in Europa und Deutschland aufzuspüren und zu fördern.⁶⁹

Die Arbeit von Leinen und Kreutz verdient sorgfältige konstruktive Auswertung. Nach einer kritischen Analyse der Entwicklung und des Zustands der EU stellen sie die Ziele, die Stärkung der Kompetenzen und der Handlungsfähigkeit der EU als Grundlage für ein soziales Europa und für Europa als Vorbild für Umwelt- und Klimaschutz sowie die Grundzüge europäischer Innen- und Außenpolitik dar. Die Entwicklung der Positionen der Sozialdemokratie dürfen trotz der in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen mit ihrer praktischen Politik keineswegs als Quellen für die künftige Entwicklung eines Systemwechsels der Gesellschaft abgetan werden. Auch Steinbrücks Arbeiten zur Finanzkrise enthalten aus oppositioneller Sicht Überlegungen zur gegenwärtigen Regierungspolitik hinsichtlich der Bekämpfung der

⁶⁷ Vgl. Leinen, J.; Kreutz, J.: Die Zukunft Europas: für eine demokratische und soziale EU. Baden Baden 2011; und Solidarität und Stärke. Zur Zukunft der Europäischen Union. Ausgearbeitet von einer Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung zur Zukunft der EU, der rund 60 namhafte Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angehörten. Schriften zu Europa Band 6. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin 2011; sowie Beiträge in: Zur Zukunft Europas. böllThema. Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. Ausgabe 4, 2011.

⁶⁸ Vgl. Giegold, S.: Licht und Schatten. In: Neues Deutschland. Berlin, 30. September 2011, S. 8.

⁶⁹ Vgl. Van Riel, A. und Hutter, R.: Ein bisschen Umverteilung. In: neues deutschland. Berlin, 28. November 2011, S. 7.

Finanzkrise⁷⁰, die trotz seiner Beteiligung an vergangener gescheiterter Regierungspolitik nicht übersehen werden sollten. Weitere Vorschläge der SPD sind enthalten in dem auf dem Parteitag der SPD im Dezember 2011 vom SPD-Fraktionschef im Bundestag, Steinmeier, vorgelegten Sieben-Punkte-Plan gegen die Eurokrise sowie im Grundsatzbeitrag des Parteivorsitzenden Gabriel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.⁷¹ Die Standpunkte der SPD sind auch im Hinblick auf die Ratspräsidentschaft des SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Schulz, von besonderer Bedeutung.

Umgang mit der Eurokrise als Chance für eine neue Europapolitik

Es ist vorerst nicht davon auszugehen, dass eine neue Politik europäischer Integration mit einer Reform der Politik der Europäischen Union im Sinne einer grundsätzlichen Änderung des Lissaboner Vertrages eingeleitet wird. Ausgangspunkt für eine solche Veränderung könnten die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Eurokrise und die Schlussfolgerungen aus dieser Krise sein. Der Verlauf dieser Krise und das Scheitern der Rettungsversuche erhöhen den Druck für einen Kurswechsel der EU-Politik im Hinblick auf das Euro-Währungssystem. Der Druck wird bestimmt durch die Finanzmärkte, die an der Krise beteiligten Staaten, die weltweiten Konkurrenten der EU, insbesondere die USA, die G 20 und in wachsendem Maße durch den Widerstand der von der Krise betroffenen Völker und der internationalen Öffentlichkeit gegen die bestehende Finanzarchitektur.

Ein verändertes Vorgehen gegenüber der Eurokrise hat trotz dieses Drucks erhebliche Hindernisse und Erbschaften zu überwinden. Die Eurokrise ist das Resultat des Zusammenwirkens unbewältigter Ursachen der seit Jahren andauernden internationalen Finanzkrise mit der permanenten Krise der Europäischen Union. Die Währungsunion hat sich mit dem Stabilitätspakt als Fehlkonstruktion erwiesen. Ihre Fortführung setzt grundsätzliche politische, wirtschaftliche und soziale Reformen und eine neue Finanzarchitektur voraus. Willnow wendet sich in seiner Ursachenanalyse der Eurokrise zu Recht gegen ihre Interpretation als Krise der Staatsverschuldung, die die Betroffenen vor allem selbst verursacht haben.⁷²

Im europäischen Währungsverbund wurden die Krisen ausgelöst, weil die Unternehmen der wettbewerbsfähigeren Länder von ihren Vorteilen durch kreditierte ungleiche Handelsbezie-

⁷⁰ Vgl. Steinbrück, P.: Unterm Strich. Hamburg 2010. Vgl. dazu Hatzius, M.: Ein Riss geht durch die Welt. In: Neues Deutschland. Berlin, 30. / 31. Oktober 2010, S. W 5; und Jetzt tun sie doch nicht immer so ohnmächtig! Eine Diskussion Peer Steinbrücks mit Bloggern in der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Juli 2011, S. 34 f.

⁷¹ Vgl. Schäfer, V.: Steinmeier hat EU-Rettungsplan. Europäischer Rettungsfonds auf SPD-Parteitag vorgeschlagen. In: neues deutschland. Berlin, 5. Dezember 2011. S. 1; und Gabriel, S.: Was wir Europa wirklich schulden? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Dezember 2011, S. 29.

⁷² Vgl. Willnow, A.: Die Hilflosigkeit in der Krisenbewältigung. In: neues deutschland. Berlin, 29./30. Oktober 2011, S. W6.

hungen mit wettbewerbsschwachen Ländern Gebrauch gemacht haben. Die Unternehmen – Banken als Kreditgeber und Exporteure als Produzenten – haben daran verdient. Deutschland nutzte mit seiner kreditierten Exportpolitik, seinen Niedriglöhnen und als „Unternehmenssteuer-Paradies“ (Reallohnsenkung 2000 bis 2009 um 4,5 Prozent; Bezieher mit den geringsten Einkommen: Senkung des Reallohnes um 20 Prozent; Steueranteil aus Unternehmensbesteuerung 2011:5,1 Prozent, Tendenz rückläufig)⁷³ diese Bedingungen am stärksten und war an der Nachfrageeinschränkung auf den Binnenmärkten wesentlich beteiligt. Selbst Unternehmen in den wettbewerbsschwächeren Ländern haben Profite erzielt und sie während der Krise im Ausland deponiert, wenngleich ihre Existenz am Ende nun bedroht wird. Die aktuelle Verzögerung der „Krisenrettung“ führt dazu, dass die Nutznießer der Fehlentwicklungen ihre entwerteten Anlagen vor allem an die von den Staaten getragene Europäische Zentralbank verkaufen können. Auch die Staaten der wettbewerbsschwächeren Länder haben durch ihr neoliberales Verhalten und infolge von Mängeln in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit zur Eurokrise beigetragen. Die Europäische Union hat nun auf die Krise mit Rettungsversuchen, deren Kosten sozialisiert werden, reagiert bzw. die Krise verschleppt, statt die Ursachen zu ergründen und deren Überwindung einzuleiten. So haben sich die längerfristig entstandenen strukturellen Fehlentwicklungen und Disproportionen erhalten. Das betrifft hauptsächlich die Rückgänge des Wirtschaftswachstums. Mit dem gescheiterten wirtschaftspolitischen Kurs lässt sich die Krise nicht bannen. Bis heute zeichnet sich ein Kurswechsel der EU nicht ab, sondern die Reparaturversuche werden fortgesetzt.

Zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens des Europäischen Rates vom März 2011

Nach den Rettungsmaßnahmen im Jahre 2010 beschloss der Europäische Rat im März 2011 Schlussfolgerungen aus der Eurokrise.⁷⁴ Ihr Inhalt lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Es wird erkannt, dass sich Europa „in einer schweren Finanzkrise“ befindet. Demzufolge wurde „ein umfassendes Maßnahmenpaket verabschiedet, dass es... ermöglichen sollte, die Finanzkrise endgültig zu überwinden und zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum zurückzukehren. Durch dieses Maßnahmenpaket wird die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union gestärkt und die dauerhafte Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt gewährleistet“. Es wurden „außerdem entschiedene Maßnahmen auf EU-Ebene vereinbart, um durch eine Stärkung des Binnenmarktes, eine Verringerung der Gesamtbelastung

⁷³ Vgl. Schäfer, V.: Unternehmenssteuer-Paradies Deutschland. In: neues deutschland. Berlin, 24. November 2011, S. 2.

⁷⁴ Vgl. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 24. / 25. März 2011). In: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/120313.pdf.

durch Vorschriften und die Förderung des Handels mit Drittländern das Wachstum anzukurbeln“⁷⁵. Nach den Forderungen für die Schaffung einer politischen und wirtschaftlichen Union und für eine europäische Wirtschaftsregierung, die von verschiedenen Kräften erhoben wurden, haben die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes ihren Vereinbarungen über den ESM einen „Euro-Plus-Pakt“ für die „stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ vorangestellt.⁷⁶ Sie greifen dabei auf das „Europäische Semester“ zurück, das eine neue Phase der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der Kernziele der EU-Strategie „Europa 2020“ einleiten soll. Diese Strategie wurde nach den gescheiterten Zielen der „Lissabon-Strategie“ aus dem Jahre 2000 im März 2010 als Zehnjahresplan für grünes Wachstum und Beschäftigung in Europa durch die Europäische Kommission entwickelt. Sie umfasst Ziele für Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Armutsbekämpfung. In zehn Jahren soll die Beschäftigungsquote von 69 auf 75 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung erhöht werden, die Kohlendioxid-Emissionen und der Energieverbrauchs um je 20 Prozent gesenkt werden. Der Anteil erneuerbarer Energien soll um 20 Prozent wachsen. In der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen soll der Anteil der Hochschulabsolventen von 31 auf 40 Prozent steigen. Investitionen für Forschung und Entwicklung sollen von 1,9 auf drei Prozent des Bruttoinlandprodukts wachsen.⁷⁷ Das „Semester“ begann mit der Entgegennahme eines Jahreswachstumsberichts durch die Europäische Kommission. Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien traten dem Euro-Plus-Pakt, der für alle EU-Staaten offen steht, bei. Der Pakt ist ein mehrjähriger Konsolidierungsplan mit spezifischen Zielen für den Abbau von Defiziten und die Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben. In wirtschaftspolitischen Leitlinien wird eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung bei Beibehaltung nationalstaatlicher Verantwortung angestrebt. Zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele sollen neue Verpflichtungen in nationalen Reform- und Stabilitätsprogrammen, auch Konvergenzprogrammen, nach einem Zeitplan eingegangen und auf politischer Ebene überwacht werden. Vorrangig sollen Haushaltsdefizite (drei Prozent des BIP, jährliche Korrektur um 0,5 Prozent des BIP) begrenzt werden. Die Integrität des Binnenmarktes soll dabei gewahrt bleiben. Weitere Forderungen sind die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, die Beseitigung von Handelsschranken in Drittländern, der Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) und der Abschluss der Freihandelsabkommen. Ziele des Paktes sind die „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit“, die „Förderung der Beschäftigung“, ein „weiterer Beitrag zur langfristigen Tragfähigkeit der

⁷⁵ Ebenda, S. 1.

⁷⁶ Vgl. Anlage I der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates. A. a. O. S. 13-20.

⁷⁷ Vgl. Gehler, M.: A. a. O. S. 552.

öffentlichen Finanzen“ und die „Stärkung der Finanzstabilität“. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit sollen der „Anpassungsbedarf“ der Lohn- und Produktivitätsentwicklung ermittelt und die Lohnstückkosten analysiert werden. Langfristige und starke Steigerungen der Lohnkosten sollen vermieden werden, weil dadurch Leistungsbilanzdefizite und rückläufige Marktpositionen für Exporte hervorgerufen werden. Der soziale Dialog und die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern sollen sicherstellen, dass sich die Kosten anhand von Lohnbildungsregeln entsprechend der Produktivität entwickeln. Die Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor haben dafür Signalwirkung und können die Wettbewerbsfähigkeit im privaten Sektor fördern. Für die Produktivitätssteigerung ist „die weitere Öffnung von geschützten Sektoren“ vorgesehen. Ohne Konkretisierung werden dafür auch Bildung, Forschung und Entwicklung und Innovation angeführt. Für mehr Beschäftigung empfiehlt der Pakt die Förderung von „Flexicurity“, die Bekämpfung von Schwarzarbeit, die Steigerung der Erwerbsbeteiligung und Steuerreformen. Um eine langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erreichen, sollen die Renten, die Gesundheitsfürsorge und die Sozialleistungssysteme analysiert werden. Die Renten sollen an die nationalen demographischen Entwicklungen angepasst und Vorruhestandsregelungen begrenzt werden. Für nationale Haushaltvorschriften sollen Schuldenbremsen in Angriff genommen werden. Inzwischen wurden umfassende Reformen der EU-Rahmenbedingungen für die Beaufsichtigung und Regulierung des Finanzsektors eingeleitet. Die Sanierung der Banken soll unter uneingeschränkter Wahrnehmung des gemeinschaftlichen Besitzstandes erfolgen. Die Analyse der Eurokrise veranlasst damit nicht, den Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise herzustellen und die Mitwirkung der EU an der Veränderung der internationalen Finanzarchitektur kritisch zu beleuchten. So soll die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nur weiter „erörtert und sondiert“ werden. Hinsichtlich der Steuerpolitik wird eine pragmatische Koordinierung angestrebt, aber an der nationalen direkten Besteuerung soll festgehalten werden. Die Staaten werden verpflichtet, auf höchster Ebene konkrete Maßnahmen zu vereinbaren und entsprechende Verpflichtungen vorzulegen, die die Kommission, der Rat und die Euro-Gruppe im Rahmen des Europäischen Semesters bewerten werden.

Für den Krisenfall beschloss der Europäische Rat den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).⁷⁸ Die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellte die wichtigsten Inhalte des Euro-Krisenfonds zusammen:

- Die Kapitalbasis des Europäischen Stabilitätsmechanismus beträgt 700 Mrd. Euro und kann damit 500 Mrd. Euro verleihen. Die Euro-Staaten zahlen dafür 80 Mrd. Euro bar

⁷⁸ Vgl. Anlage II der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates. A. a. O. S. 21-34.

als Grundkapital ein, davon 50 Prozent bis 2013, den Rest in 3 Tranchen bis 2016. Der Rest wird durch die Länder garantiert oder durch abrufbares Kapital hinterlegt. Bei Forderungsausfällen werden diese Beträge fällig.

- Die Lastenverteilung richtet sich weitgehend nach dem Kapitalschlüssel der Europäischen Zentralbank (Deutschland 27,15 Prozent = 21,7 Mrd. Euro; erleichternde Ausnahmen für vier osteuropäische Staaten; deutscher Anteil an abrufbarem Kapital bzw. Garantien = 168,3 Mrd. Euro).
- Kapitaleinzahlungen werden auf die Staatsschuld in der Maastrichter Abgrenzung, nicht aber auf das Staatsdefizit und die deutsche Schuldenbremse angerechnet. Abrufbares Kapital und Garantien werden nur bei Forderungsausfällen budgetwirksam.
- Der IWF wird sich mit weiteren 250 Mrd. Euro beteiligen.
- ESM - Mittel dürfen an Not leidende Mitgliedstaaten nur vergeben werden, wenn „die Finanzstabilität des Euro – Raumes als Ganzes“ zu sichern ist. Kreditgewährung wird an strenge wirtschafts- und finanzpolitische Auflagen gebunden.
- Private Gläubiger können nur im Falle der nachgewiesenen Insolvenz (nicht Illiquidität) eines Landes entsprechend einer „collective action clause“ Zahlungsbedingungen erleichtern oder auf einen Teil der Forderungen verzichten.
- Zinsen orientieren sich an IWF-Regelungen.
- Forderungen des ESM haben einen Vorzugsstatus.
- Der ESM soll eine neue internationale Finanzinstitution nach dem Vorbild des IWF werden.
- Der jetzige Krisenfonds wickelt seine Kreditvergabe ab 2013 vollends ab.⁷⁹

Die EU-Finanzminister einigten sich bei der Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates im März 2011 außerdem noch auf eine Reform zur Verschärfung des bisher nicht realisierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Pakt soll auch zu wesentlichen Erweiterungen von Geldstrafen bei seiner Verletzung führen. Solche Strafen würden aber auch die Verschuldungsposition zuspitzen.

Insgesamt schreiben die beschlossenen Regelungen, die ab 2013 gelten sollen, die neoliberale EU-Politik fort und weichen einer Wirtschaftsunion aus. Unter diesen Bedingungen kann von solidarischer Konvergenz nicht die Rede sein. Schritte des Sozialabbaus sollen vor allem nach deutschem Vorbild durchgesetzt werden, um die Rettungskosten für Verlierer im Wettbewerb möglichst niedrig zu halten. Anstatt gemeinsam schrittweise eine wirtschaftliche Konvergenz

⁷⁹ Vgl. Der endgültige Eurokrisenfonds steht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. März 2011. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr.13 vom 23. März 2011. S. 5f.

anzustreben, wird eine Transferunion zwar abgelehnt, aber trotz erheblichen Einsatzes wirtschaftlicher Mittel von vornherein mit dem Scheitern der neuen Stabilitätsfestlegungen gerechnet. Wie bisher sollen die Rettungskosten sozialisiert und Krisenverluste durch den Stabilitätspakt auf Kosten des Sozialabbaus in den Krisenländern getragen werden. Anstatt die Grundlagen und Ziele der Währungsunion zu stärken, steht die Krisenbewältigung durch Nothilfe im Vordergrund der Maßnahmen. Der weitgehende Verzicht auf Gläubigerhaftung, die bescheidenen Umschuldungsmaßnahmen und die Beschränkung von Protektion und Transfers im Interesse der Konvergenz stehen im Widerspruch zur Konvergenz und zu den erforderlichen Konsequenzen der Krise. Stabilität soll durch Sanktionen erreicht werden. Auf eine Stärkung der Inlandsnachfrage der Überschussländer wird verzichtet, sie könnte der Verschärfung der Konkurrenz gegenüber den Schuldnerländern entgegenwirken. Dauterstadt hat dagegen für eine differenzierte Behandlung der Schulden plädiert und sich gegen eine Sparpolitik gewandt, die das Wachstum einschränkt. Er tritt ein für „Wachstum durch Schulden“, um die Mittel für eine Schuldenreduzierung zu erwirtschaften.⁸⁰ Neben den geldpolitischen Bedingungen und der Sicherung anderer makroökonomischer Voraussetzungen sind dafür auch Entwicklungen der materiellen Investitions- und Produktionsstrukturen zu berücksichtigen. Der deutsche Finanzminister, Schäuble, fordert im Gegensatz dazu, dass „das System zur Einhaltung gemeinsamer Rahmenbedingungen für nationale Finanz- und Haushaltspolitiken wirkungskräftiger werden“ müsse, damit auch automatisierte Sanktionen bei Regelverstößen. Er verlangt „einen neuen, robusten Krisenbewältigungsmechanismus für Notfälle“. Es geht ihm um die Verzahnung der nationalen Politiken.⁸¹ Auch im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, dessen Gesamturteil über das Reformpaket als „gemischt“ ausfällt, erscheint „speziell beim Stabilitäts- und Wachstumspakt... der Ansatz jedoch zu zaghaft“, und es wird „kein Anlass für großen Optimismus gesehen“⁸². Deshalb wird auf „verbesserte Anreize für solide Finanzpolitiken“ und „wirksame Disziplinierung durch die Finanzmärkte“ gesetzt.

Zur Zuspitzung der Eurokrise im Jahr 2011

Noch bevor die Beschlüsse durch die Staaten der EU ratifiziert und zum Euro-Plus-Pakt entsprechende Schlussfolgerungen für praktisches Handeln gezogen wurden, zeitigte die Euro-Krise immer wieder alarmierende Nachrichten einer weiteren Zuspitzung ihrer Folgen auf den Finanzmärkten. Im Juli 2011 musste ein zweites Hilfsprogramm für Griechenland vereinbart

⁸⁰ Vgl. Dauterstadt, M.: Eine europäische Wirtschaftsregierung muss Wachstum durch Schulden steuern. In: Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO direkt. Berlin, Oktober 2011.

⁸¹ Vgl. Schäuble, W.: A. a. O. S. 8ff.

⁸² Zu den Beschlüssen des Europäischen Rates zur künftigen Vermeidung und Bewältigung von Staatsschuldenkrisen. In: Deutsche Bundesbank. Frankfurt am Main. Monatsbericht, April 2011, S. 53.

werden. Inzwischen erreichten die Krisenbedrohungen nach Spanien auch Italien und Frankreich. Selbst für Deutschland war von ersten Schwierigkeiten beim Absatz von Staatsanleihen die Rede. Während des Jahres ergaben sich infolge der neuen Turbulenzen Zweifel an ausreichender Leistungsfähigkeit der European Financial Stability Facility (EFSF) und an einer höher belastbaren Kapitalausstattung der Banken. Veränderungen an den im März 2011 beschlossenen Maßnahmen wurden diskutiert.

Im Oktober 2011 wurde durch den Europäischen Rat auf einem EU-Sondergipfel und anschließend in der Eurogruppe in hektischer Atmosphäre unter dem besonderen Einfluss der deutschen Kanzlerin und des französischen Präsidenten ein weiteres Notpaket verabschiedet, das die Beschlüsse vom März entsprechend der entstandenen neuen Krisenlage ergänzen sollte.⁸³ Danach soll Griechenland nach der Drohung mit einer Volksabstimmung neben der nächsten Rate aus dem Rettungsfonds einen teilweisen Schuldenerlass erhalten, den zu 50 Prozent freiwillig die Banken tragen sollen und den die EFSF mit 30 Milliarden Euro absichern soll. Die Bankenriesen sollen nach Vorgaben ihr Eigenkapital bis Mitte 2012 um 106 Milliarden Euro erhöhen und dafür gegebenenfalls staatliche Hilfe und die EFSF in Anspruch nehmen. Die Mittel der EFSF sollen mit Hilfe einer riskanten „Hebelmanipulation“ (Gewinnung von Geldgebern zur Krisenbekämpfung mit der Zusage der EFSF an die Gläubiger auf erhebliche Entschädigung durch die EFSF) auf ein Mehrfaches erhöht werden, weil ihre Höhe nach den inzwischen zu erwartenden Rettungsfällen keineswegs ausreicht. Auf dem Gipfel wurde auch die inzwischen zugespitzte Lage Italiens diskutiert und Italien versprach, Sofortmaßnahmen einzuleiten.

Der Verlauf der Eurokrise im zweiten Halbjahr 2011 hat erneut die zweifelhafte Rolle der internationalen Ratingagenturen demonstriert. Ihre spekulativen Eingriffe in die Bewegungen auf den Geldmärkten haben den Krisenverlauf beeinflusst. Das trifft zu für die Verunsicherungen gegenüber europäischen Krisenländern, für die Ausdehnung der Krise auf weitere Länder und die Gesamtbewertung der europäischen Finanzstabilität. Es werden sowohl Spekulationsmanipulationen privater Beteiligter am Finanzmarkt unterstützt als auch staatliche Interessen durch die beteiligten Agenturen wahrgenommen. „Die privaten Ratingagenturen sind selbst Bestandteil des weltweiten Finanzcasinos“, und „folgeschwer erscheint auch die zu große Nähe zum angelsächsischen Wirtschaftsmodell“.⁸⁴ Eine Reform der Bewertung der finanziellen Stabilität von Staaten, Unternehmen und Institutionen, die das Treiben der priva-

⁸³ Vgl. Zu den Beschlüssen des Europäischen Rates und des Eurogipfels vom 26./27. Oktober 2011. In: Deutsche Bundesbank. Monatsbericht. Frankfurt (M.), November 2011, S. 66f.

⁸⁴ Pfeiffer, H.: Politische Urteile. In: neues deutschland. Berlin, 9. Dezember 2011, S. 10.

ten Ratingagenturen beendet, gehört zu den dringend notwendigen neuen Finanzmarktregulierungen.

Inzwischen ist es nach dem Gipfel im Oktober 2011 infolge der Proteste der Bevölkerung gegen die Europolitik ihrer Regierungen zu Regierungswechseln in Griechenland und Italien gekommen. Die neuen Kabinette sind Übergangsregierungen zur „Regelung“ der Eurokrise. Bei den Wahlen in Spanien stand ebenfalls die Auseinandersetzung mit der Eurokrise im Vordergrund. Fast täglich werden Nachrichten zur Nervosität der Finanzmärkte verbreitet und sowohl Spekulationen als auch reale neue Zeichen der Finanz- und Eurokrise bekannt. Die Diskussionen um Maßnahmen zur Bekämpfung der Eurokrise nehmen einen wachsenden Platz in den politischen Streitigkeiten in der Europäischen Union und in der Öffentlichkeit ein.

Sehr umstritten ist die Einführung von gemeinsamen Anleihen der Euroländer (Eurobonds), die vor allem der Präsident der Europäischen Kommission, Barroso, in verschiedenen Formen vorgeschlagen hat, und der Transfer von finanziellen Mitteln. Deutschland und Frankreich haben außerdem Vorschläge zur Änderung der EU-Verträge angekündigt, die in einer Fiskalunion die Durchsetzung der Währungsstabilität unterstützen sollen. Die deutsche Kanzlerin setzt sich für eine strikte Weiterführung der monetären Konzeption der Zentralbank mit der Konzentration auf die Währungsstabilität durch Inflationsbekämpfung und gegen eine politische Instrumentalisierung der Notenbank ein, stellt aber gleichzeitig Verhaltensforderungen an die Bank.

Das Anfang November 2011 stattgefundenen 6. Treffen der G 20-Regierungschefs wurde, wie die Süddeutsche Zeitung vom 5. November schreibt, als Gipfel von der Eurokrise „überrollt“. Spiegel online bewertet am 3. November das Treffen als „gelähmt, geschwächt, gereizt“. Außer massiven Forderungen an die Europäer, die Krisenprobleme zu lösen, brachte das Treffen kaum Fortschritte zur Überwindung der internationalen Finanzkrise. Rhetorisch wurde die Veränderung der internationalen Finanzarchitektur und die notwendige Regulierung des Finanz- und Währungssystems, der Großbanken und der Schattenbanken sowie die weitere Gestaltung des Internationalen Währungsfonds erneut betont, aber es kam nur zu wenigen konkreten Maßnahmen. So ergibt sich auch für den internationalen Hintergrund der Eurokrise keine Verbesserung.

Ende November 2011 haben die Notenbanken der USA, Japans, Großbritanniens, Kanadas, der Schweiz und die EZB Währungsgeschäfte zwischen den Banken erleichtert, um Finanzierungengpässe bei Banken und Unternehmen zu verhindern. Es ging dabei besonders um Dol-

lartauschgeschäfte, auch um Swaps in anderen Währungen.⁸⁵ Trotzdem reißen neue Meldungen über weitere Krisenzeichen nicht ab (steigende Zinsen für Italiens Anleihen, finanzielle Probleme in Ungarn, das nicht zur Eurozone gehört, sinkende Kreditwürdigkeit der USA). Selbst die Bundesfinanzagentur Deutschlands konnte im November überraschend eine Bundesanleihe in Höhe von sechs Milliarden Euro nur zu zwei Dritteln umsetzen.⁸⁶

Die EZB verzeichnet in ihrem Halbjahresbericht (Dezember 2011) ein gewachsenes Risiko der Finanzstabilität wie es seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers nicht mehr beobachtet wurde.⁸⁷ Ausdruck dessen ist der gewachsene Einsatz von Mitteln der EZB zur Deckung des Kapitalbedarfs der Banken und zur Sicherung der Geldmarktbelegungen. Die realwirtschaftliche Deckung dieser Mittel ist offen. Die beteiligten Staaten sind für diese Mittel haftbar. Das betrifft vor allem die Refinanzierungsgeschäfte der Banken. 2008/2009 mit staatlichen Mitteln „gerettete“ Banken geraten immer wieder in Schwierigkeiten. Die ab 2012 festgelegten höheren Anforderungen an die Kapitalausstattung der Banken überschreiten die möglichen Finanzquellen. Die Europäische Bankenaufsicht geht bei 31 von 71 Banken von einer Kapitallücke von 114,7 Milliarden Euro aus. Die Banken haben Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung durch den Verkauf von Unternehmensteilen.⁸⁸ Auf Grund der Unsicherheiten der Geldmärkte sind die Banken auch beim Einsatz ihres Kapitals zurückhaltender geworden. So wird die übliche gegenseitige Bereitstellung von Mitteln zwischen den Banken eingeschränkt und wachsende Mittel werden kurzfristig bei der Zentralbank geparkt. Andererseits stehen Refinanzierungsgeschäfte der Banken im Umfang von etwa einer halben Billion offen. Im Jahr 2012 müssen fällig werdende Schuldtitel im Umfang von über 725 Milliarden Euro durch europäische Banken getilgt werden. Die Börsenzeitung stellt im November 2011 fest, dass Italiens Banken auf einem Vulkan sitzen.⁸⁹ Im Dezember 2011 wurden die ausfallgefährdeten Kredite spanischer Banken mit 176 Milliarden Euro angegeben.⁹⁰

Die EZB hat seit Mai 2010 durch den Kauf von europäischen Staatsanleihen über 200 Milliarden Euro eingesetzt, um der Eurokrise entgegenzuwirken. Die EZB ist über das europäische Zahlungssystem Target (Transeuropean Automatic Realtime Gross Settlement Express Transfer) auch an der Kreditfinanzierung von Salden der Leistungsbilanzen der Notenbanken der

⁸⁵ Vgl. Den Banken fehlt Geld. In: neues deutschland. Berlin, 1. Dezember 2011, S. 9.

⁸⁶ Vgl. Pfeiffer, H.: Der Anleihe-Flop. In: neues deutschland. Berlin, 25. November 2011, S. 9.

⁸⁷ Vgl. EZB sieht höheres Risiko für Finanzstabilität. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember 2011, S. 19.

⁸⁸ Vgl. Banken werden ihre zum Verkauf stehenden Sparten nur schwer los. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Dezember 2011, S. 21.

⁸⁹ Vgl. Kness-Bastaroli, T.: Italiens Banken sitzen auf einem Vulkan. In: Börsenzeitung. Frankfurt (M.), 17. November 2011, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr. 49, 23. November 2011, S. 24 f.

⁹⁰ Vgl. Kreditausfälle in Spanien steigen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember 2011, S. 21.

Euroländer beteiligt, die im März 2011 314 Milliarden Euro betragen haben.⁹¹ Der EZB-Rat hat jetzt anknüpfend an die bereits am 30. November 2011 festgelegten koordinierten Zentralbankmaßnahmen zur Bereitstellung von Liquidität an das globale Finanzsystem weitere Sondermaßnahmen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Geldmarktes des Eurogebiets beschlossen. Sie betreffen unter anderem zwei längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von jeweils 36 Monaten und der Option einer vorzeitigen Rückzahlung nach einem Jahr.⁹² Am 21. Dezember 2011 haben über 500 Banken 489,2 Milliarden Euro mit Minizinsen auf dieser Grundlage bereits abgerufen. Etwa die Hälfte dieser Mittel dient der Erfüllung bereits vorhandener Zahlungsverpflichtungen. Im Frühjahr 2012 ist eine erneute Geldspritze der EZB in ähnlicher Höhe vorgesehen.⁹³ Den Banken wurden nun auch aus der EFSF Garantien für die Kapitalbeschaffung in Aussicht gestellt. Der Ende 2010 eingestellte „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin), aus dem seit 2008 bisher Hunderte Milliarden Euro zur Überwindung der Finanzmarktkrise geflossen sind, wird zur Zeit gesetzlich wiederbelebt und auf 400 Milliarden Euro Garantien und auf 80 Milliarden Euro an Kapitalhilfen aufgestockt.⁹⁴ Es wird auch geprüft, ob und wie der Staat sich mit Bankbeteiligungen an der Schließung von Kapitallücken beteiligen kann. Auf diese Weise soll einer drohenden Kreditklemme für die Wirtschaft und den Geldmarkt entgegengewirkt werden. Die EZB borgte den Banken 2007 400 Milliarden Euro. Im Krisenjahr 2009 stieg der Betrag auf 856 Milliarden Euro. „2011 werden es 720 Milliarden Euro sein. „Europas Banken werden geflutet mit frisch gedrucktem Geld“, schreibt die Süddeutsche Zeitung und sieht an den Finanzmärkten Bedrohungen mit Inflation und Blasen.⁹⁵ Die deutsche Regierung musste im Bundestag auf eine Anfrage eines Abgeordneten der Linksfraktion mitteilen, dass der Staatsschuldenstand im Jahre 2011 höher war: um 265,5 Milliarden Euro „Stützungsmaßnahmen zugunsten von Finanzinstituten“. 2010 hatte der Betrag mit 337,8 Milliarden Euro noch höher gelegen. Letzterer wurde dann durch den Zufallsfund von 55,5 Milliarden Euro bei der HRE-Abwicklungsanstalt gesenkt.⁹⁶ Es ist unübersehbar, dass auf diesen Wegen die Krisenursachen nicht beseitigt werden. Die sich ergebenden finanziellen Verluste werden auch die Staatsschulden weiter belasten.

⁹¹ Vgl. Sinn, H.-W. / Wollhäuser, T.: Target-Kredite, Leistungsbilanzen und Kapitalverkehr: Der Rettungsschirm der EZB. Institut für Wirtschaftsforschung München 2011. Ifo Working Paper Nr. 105, In: <http://www.cesifo-group.de>.

⁹² Vgl. Editorial des Monatsberichts der Europäischen Zentralbank. In: Europäische Zentralbank. Monatsbericht. Frankfurt (M.), Dezember 2011, S. 5-8.

⁹³ Zu hier angeführten Angaben vgl. verschiedene Quellen in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr.54, 28. Dezember 2011. S. 13-18.

⁹⁴ Vgl. Pichler, R.: Regierung will Banken erneut stützen. Der Bankenrettungsfonds SoFFin wird wieder aufgelegt. In: Stuttgarter Zeitung, 15. Dezember 2011. In: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr. 53, 21. Dezember 2011, S. 21 f.

⁹⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr.54, S. 17.

⁹⁶ Vgl. Wenn Banken kein Geld mehr haben. In: Das Parlament. Berlin, 2. Januar 2012, S. 11.

Zum Gipfeltreffen des Europäischen Rates vom Dezember 2011

Am 8. und 9. Dezember 2011 beschäftigte sich der Europäische Rat in Brüssel erneut mit der Eurokrise. Das Gipfeltreffen stand unter dem Druck der sich fortsetzenden und beunruhigenden Krisenzeichen und Gefährdungen des europäischen Währungssystems und der weiter zugespitzten Diskussionen zum Vorgehen der EU-Staaten. Die deutsche Regierung setzte im Verbund mit Frankreich ihr Konzept auf die Tagesordnung, das sich in einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Eurowährungsgebiets und einer Erklärung des Präsidenten des Europäischen Rates und des Präsidenten der europäischen Kommission niederschlug.⁹⁷ Die „Schritte auf eine stärkere Wirtschaftsunion“ beinhalten „einen neuen fiskalischen Pakt und eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung“ und die „Weiterentwicklung unserer Stabilisierungsinstrumente, um kurzfristigen Herausforderungen begegnen zu können“. Trotz der verbalen Betonung einer „verstärkten Architektur für die Wirtschafts- und Währungsunion“, „einer starken wirtschaftlichen Säule“ und „stärkeren sozialen Zusammenhalts“ sowie einer „verstärkten Steuerung“ und einer „erheblich stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ geht es in der Erklärung vordergründig um Schritte für eine „fiskalpolitische Stabilitätsunion“, einen „fiskalpolitischen Pakt“. Eine neue „Haushaltvorschrift“ wurde definiert und die Vorschriften für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit wurden verschärft. Gleichzeitig wird in der Erklärung der Ausbau der Stabilisierungsinstrumente (EFSF und ESM) vorgesehen, „um den aktuellen Spannungen an den Märkten energisch zu begegnen“. Die Erklärung unterscheidet zwischen Maßnahmen, die im Rahmen des Sekundärrechts beschlossen werden können, und Maßnahmen, die eine Veränderung des Primärrechts erfordern. Im März 2012 oder früher soll eine „zwischenstaatliche Übereinkunft“ angenommen werden, da „unter den EU-Mitgliedsstaaten kein Einvernehmen herrscht“, das eine sofortige Aufnahme dieser Bestimmungen in die EU-Verträge zulassen würde.⁹⁸ Die Mitglieder der EU, die nicht der Währungsunion angehören, erklärten mit Ausnahme Großbritanniens, dass sie eine Teilnahme am fiskalpolitischen Pakt in Betracht ziehen. Auf dem EU-Gipfel wurde auch das Ziel vorgegeben, dem IWF zusätzlich 200 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um den IWF auch an den künftigen Schritten gegen die Eurokrise zu beteiligen. Die Finanzminister des Euroraums reduzierten nach dem Treffen diesen Betrag auf 150 Milliarden Euro, nachdem

⁹⁷ Vgl. Europäischer Rat: Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets. Brüssel, den 9. Dezember 2011. In: <http://www.european-council.europa.eu>; und Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, und Jose' Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, auf der Pressekonferenz zum Abschluss der EU-Gipfeltagung vom 8./9. Dezember 2011 in Brüssel: Europäischer Rat schließt die Beratungen über den neuen fiskalischen Pakt ab. In: <http://www.european-council.europa.eu>

⁹⁸ Erklärung der Staats- und Regierungschefs. A. a. O. S. 1-7.

Großbritannien seinen Beitrag noch offen gelassen hat. Die Leistung und Modalitäten des Beitrags für den IWF sind, auch auf deutscher Seite, noch ungeklärt. An dem Beitrag sollen auch außereuropäische Staaten, darunter die USA und asiatische Staaten, beteiligt werden.⁹⁹ Obwohl die Verwirklichung der in der Erklärung genannten Schritte in mehrfacher Hinsicht noch völlig offen ist¹⁰⁰, haben bereits das Zustandekommen und der Inhalt der Gipfelergebnisse eine Vertiefung der Krise der Europäischen Union bewirkt. Die EU erweist sich als gespalten. Das Ergebnis entspricht der Durchsetzung von Zielen der stärksten Mitglieder, vor allem der deutschen Bundesrepublik. Es wirft erneut Fragen nach dem demokratischen Charakter der EU und der Wahrung der Souveränität der beteiligten Staaten auf. Der Gipfel leistete keinen Beitrag zur Überwindung der internationalen Finanzkrise und setzte die Politik der Verschleppung der Eurokrise auf Kosten der europäischen Bevölkerung fort. Schuldenbegrenzung durch Sozialabbau, fehlende Programme für Wirtschaftsförderung und Konvergenz in Europa, die Verstärkung innerer Wirtschaftskrisen und die weiter zunehmenden Belastungen der „Rettungsfonds“ machen sichtbar, dass das Gipfeltreffen nicht zur Überwindung der Eurokrise beitrug, aber politischen Schaden für die europäische Integration anrichtete. Die Gefährdung der finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Stabilität Europas bleibt erhalten.

Die Bundesregierung verteidigte nach dem Gipfeltreffen vor dem Bundestag ihr Vorgehen in Brüssel und stieß auf erheblichen Widerstand der Opposition.¹⁰¹ Linke Wirtschaftswissenschaftler Europas publizierten mit ihrem „EuroMemorandum 2012“ ihre prinzipielle Kritik an der Krisenpolitik der EU.¹⁰² Evans fasste in einem Interview wesentliche Aspekte des Versagens der EU-Krisenpolitik zusammen.¹⁰³ Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisierte die Ergebnisse des Gipfels und stellte ein eigenes Euro-Rettungsprogramm vor.¹⁰⁴ Bemerkenswert ist, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung während des EU-Gipfels einen ausführlichen Beitrag von Wagenknecht zu den Ursachen und zur Kritik an der Krisenpolitik der EU

⁹⁹ Vgl.: 150 Milliarden Euro aus der EU für den IWF. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember 2011, S. 11.

¹⁰⁰ Im Handelsblatt wurden Hindernisse für die Ausarbeitung des Vertrages zum Euro-Fiskalakt und die Realisierung des gesamten Projektes zusammengestellt. Vgl.: Berschens, R.: Der Euro-Fiskalpakt soll bis Ende Januar stehen. In: Handelsblatt. Düsseldorf / Frankfurt, 28. Dezember 2011, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr. 54, S. 11f.

¹⁰¹ Vgl. Regierungserklärung zum Europäischen Rat / 148. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 14. Dezember 2011. In: Das Parlament. Debattendokumentation. Berlin. Nr. 51/52 vom 19. Dezember 2011, S. 1-6.

¹⁰² Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: European integration at the crossroads: Democratic deepening for stability, solidarity and social justice. Bremen 2011. In: <http://alternative-wirtschaftspolitik.de>.

¹⁰³ Vgl. Die Politik zahlt einen hohen Preis. Interview mit Prof. Dr. Trevor Evans. In: neues deutschland. Berlin, 31. Dezember 2011/1. Januar 2012, S. W2. Langfassung des Interviews im Internet: <http://www.neues-deutschland.de/amabgrund>.

¹⁰⁴ Vgl. Meyer, J.: New Deal für die EU. In: neues deutschland. Berlin, 15. Dezember 2011, S. 17. Vgl. dazu auch Schäfer, V.: Ökonomen fordern „EWF“. In: neues deutschland. Berlin, 4. Januar 2012. S. 16.

veröffentlichte. Das zeigt, dass den Argumenten und Forderungen linker Wirtschaftswissenschaftler und Politiker nicht mehr beliebig ausgewichen werden kann.¹⁰⁵ Allerdings hatte die FAZ auch eine Bogenberger Erklärung mit „Sechzehn Thesen zur Situation der Europäischen Währungsunion“ veröffentlicht und damit neoliberalen Positionen entsprechenden Raum gegeben¹⁰⁶, wobei aus neoliberaler Sicht ebenfalls die deutsche Regierungspolitik und die EU kritisiert werden. Im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung wird auf den Kern der Kritik an den Krisengipfeln der EU und anderer internationaler Gremien (Klimagipfel in Durban) eingegangen. Es wird der Satz „Goldmann Sachs regiert die Welt“ zitiert und festgestellt: „Mit noch so vielen Gipfeln sind die entscheidenden Fragen nicht zu lösen, sie erfordern politischen Willen und gesellschaftliche Entschlossenheit. Es sind Machtfragen.“ Im Beitrag, der den Titel „Stellt endlich die Systemfrage“ trägt, wird ebenfalls auf die „Verflechtungen zwischen den Wirtschaftswissenschaften und den Banken“ verwiesen, die „den Anspruch einer unabhängigen Forschung untergraben“.¹⁰⁷

Schlussbemerkungen

Auf dem Sondergipfel der EU am 30. Januar 2012 haben 25 der 27 EU-Staaten dem sogenannten Fiskalpakt zugestimmt und zugesagt, die „Schuldenbremse“ in nationales Recht zu übernehmen. Damit wurde die angestaute Problemlage aber nur bestätigt, nicht gelöst. Die Eurokrise ist Folge und Ausdruck der internationalen Finanzkrise. Deshalb muss ihre Überwindung nationale und europäische Maßstäbe überschreiten. Die Krise der Dollarhegemonie, der Rolle des Dollars als Leit- und Reservewährung, und die Eurokrise sind Zeichen, dass die internationale Finanzkrise Zentren des Weltwährungssystems erreicht hat. Der unterschiedliche Umgang mit den Krisen und den zusätzlichen Belastungen führte zu wachsender Konkurrenz zwischen den USA und Europa. Obwohl sich das größere Krisenpotential in den USA befindet, ist die Eurozone aktuell mit stärkeren Erschütterungen konfrontiert und politisch weniger handlungsfähig. Die USA stützen sich auf verbliebenes Vertrauen in ihre traditionelle Rolle im Weltwährungssystem, auf die Schwäche der Konkurrenzwährungen, auf ihren vor-

¹⁰⁵ Vgl. Wagenknecht, S.: Schluss mit Mephistos Umverteilung! Auch Eurobonds werden nicht helfen: An der Finanzkrise ist nicht die Verschwendung sozialstaatlicher Politik schuld, sondern die seit Jahren ungebremsste neoliberale Politik. Am Ende steht eine Geldvernichtung, die auf undemokratische Weise vor allem den Mittelstand und damit das europäische Breitenvermögen bedroht. Noch aber ist Zeit, die irrigen Erklärungen und falschen Rezepte politisch zu korrigieren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Dezember 2011, S. 29.

¹⁰⁶ Vgl. Bogenberger Erklärung: Sechzehn Thesen zur Situation der europäischen Währungsunion. Sorge um Deutschland und Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Dezember 2011, S. 29.

¹⁰⁷ Vgl. Minkmar, N.: Stellt endlich die Systemfrage! Ob Brüssel oder Durban, ob Klima oder Geld: Probleme werden auf Krisengipfeln breitgetreten oder vertagt, aber nicht gelöst. Wer den Ärger angerichtet hat, muss sich dort nämlich nicht stellen. Wie lange noch? In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Frankfurt (M.), 11. Dezember 2011, S. 29.

handenen wirtschaftspolitischen Einfluss in der Welt und ihre Positionen in den für Währungsfragen zuständigen internationalen Organisationen. In der jüngsten Phase des Verlaufs der Eurokrise versuchten die USA, den europäischen Krisenverlauf in ihrem Interesse zu beeinflussen.¹⁰⁸

Grundsätzliche Veränderungen des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems werden daher immer zwingender. Europa könnte der europäischen Integration insgesamt zu einer Wende verhelfen. Das erfordert die Orientierung an folgenden Grundsätzen:

Die internationale Finanzarchitektur muss grundlegend verändert werden. Dafür muss Europa begründete Konzepte vorlegen und durch die Änderung der europäischen (Euro-) Finanzarchitektur beispielgebend vorgehen. Das ist durch die Bildung einer politischen und wirtschaftlichen Union zu flankieren, die die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der europäischen Völker als Grundlage der Fiskalunion gewährleistet. Dazu gehört eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die zur Konvergenz wirtschaftlicher Entwicklung führt, durch Koordinierung und Zusammenarbeit den gegenseitigen Vorteil gewährleistet, Schutz der Schwächeren gegenüber den Stärkeren bietet und durch solidarischen Transfer von wirtschaftlichen Mitteln unterstützt wird. Die in Europa bestehenden unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeiten der Länder und Unternehmen sind durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik abzubauen, die auf eine Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten gerichtet sein muss. Dazu gehören die Koordinierung von Löhnen, Steuern, Sozialleistungen und anderen staatlichen Regelungen. Die gegenseitige Förderung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, auch mit Investitionsbeteiligungen und der Umverteilung wirtschaftlicher Mittel, ist wichtig für die Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit. Willnow hat diese Maßnahmen bei der Darstellung notwendiger Wege aus der Eurokrise (Änderung der deutschen Exportpolitik durch Binnenmarktförderung, Schuldenschnitt, Eurobonds, Vermögensabgabe, Millionärssteuer, Finanztransaktionssteuer und konsequente Änderung der internationalen Finanzarchitektur) leider nicht behandelt. Er geht davon aus, dass „mit Einschränkungen an einer inneren Abwertung von Löhnen und Preisen um ca. 20 Prozent bei einem Verbleib im Euroraum kein Weg vorbei“ führe, „um die griechischen Exporte zu verbilligen und die Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen“.¹⁰⁹ Dieser Schritt der Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit ist kritisch zu betrachten.

¹⁰⁸ Zur Konkurrenz zwischen den USA und Europa in Währungsfragen vgl. Richter, E.: Konflikt zweier Währungskonzepte. Die Hegemonie des Dollars steckt in der Krise, doch der Euro kann nicht an seine Stelle treten. In: neues deutschland. Berlin, 4. Januar 2012. S. 16; und Piper, N.: Meine Krise, deine Krise. Warum das Schuldendebakel in Europa gefährlicher ist als in den USA. In: Süddeutsche Zeitung. München, 18. November 2011. In: Deutsche Bundesbank. Auszüge aus Presseartikeln. Frankfurt (M.). Nr. 49, 23. November 2011, S. 15.

¹⁰⁹ Willnow, A.: A. a. O.

Für die Regulierung des Finanzmarktes ist vor allem eine schrittweise Rückführung seiner Funktionen auf die Dienstleistungen gegenüber den anderen Phasen der Reproduktion erforderlich. Deshalb ist notwendig: eine Trennung des Bankensektors von anderen Finanzierungsinstitutionen, eine strikte Reduzierung und Regulierung von Finanzierungsinstrumenten, die Überwindung der systemgefährdenden Übermacht großer Banken, die Erhöhung der risikorelevanten Kapitalausstattung von Banken, die weitere Stärkung der staatlichen Bankenaufsicht, die Einführung einer Transaktionssteuer und die Überführung der Ratingagenturen in öffentliche Einrichtungen. Insgesamt muss der Staat in die Lage versetzt werden, seine Verantwortung für die Währungsstabilität wahrzunehmen. Das bedeutet auch, dass er Schlüsselpositionen im Finanzsektor selbst übernehmen sollte. International ist eine neue Währungsordnung mit einer stabilen Weltwährung nötig.

In der gegenwärtigen Krisensituation sind unverzügliche Rettungsmaßnahmen befristet und begrenzt unvermeidbar. Sie sind mit sofortigen Bedingungen zu verbinden, die weitere Ausfälle bekämpfen. Mit den Rettungskosten sind vor allem die Gläubiger und Nutznießer des risikvollen Finanzverhaltens zu belasten. Große Aufmerksamkeit erfordert die Leitung und Kontrolle des Einsatzes gesellschaftlicher Rettungsmittel. Besondere Sofortmaßnahmen müssen der Bekämpfung von Spekulationen dienen. Gegenüber den von der Krise betroffenen Ländern dürfen Konsequenzen nicht die Reproduktions- und wirtschaftlichen Wachstumspotenzen und damit die möglichen Eigenbeiträge zur Überwindung der Krise einschränken.

Die Auseinandersetzung mit der Eurokrise könnte auf diesen Wegen beispielgebend die weiteren Reformen der EU voranbringen.

Prof. Dr. rer. oec. Helmut Matthes, Botschafter a. D., war Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg. Er wirkt im Ruhestand wissenschaftlich in der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e. V. in Berlin.

IMPRESSUM

Die Reihe PAPER wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Hefte erscheinen unregelmäßig.

Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 Fax -122

m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de